

## Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei: T. 2

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1996). *Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei: T. 2*. (Berichte / BIÖst, 19-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42411>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>Einführung</b> .....	7
<b>1. Differenzierung der neuen politischen Eliten</b> .....	8
<i>1.1 Zerfall des Bürgerforums (OF)</i> .....	10
<i>1.2 Zerfall der Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN)</i> .....	12
<i>1.3 Zur besonderen Lage in der Slowakei</i> .....	15
<b>2. Konsequenzen der Parlamentswahlen von 1992 für die ersten politischen Eliten und die tschechoslowakische Staatlichkeit</b> .....	17
<i>2.1 Staatsrechtliche Konzepte der neuen politischen Eliten</i> .....	20
<i>2.2 Konföderation versus Föderation</i> .....	24
<i>2.3 "Scheidung" als Ergebnis der ODS-HZDS-Koalitionsverhandlungen</i> .....	26
<i>2.4 Ursachen der tschechisch-slowakischen Trennung</i> .....	31
<i>2.4.1 Fehler und Motive der neuen Eliten</i> .....	33
<i>2.4.2 Erblast des kommunistischen Systems</i> .....	35
Summary .....	37

25. März 1996



**Eleonora Schneider**

## **Politische Eliten in der Ex-Tschechoslowakei (Teil II)**

**Bericht des BIOst Nr. 19/1996**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Der vorliegende Bericht ist der zweite Teil einer Studie über die politischen Eliten in der Ex-Tschechoslowakei. Der erste Teil konzentriert sich auf die Untersuchung der kommunistischen Nomenklatura-Elite und analysiert die neu entstandenen tschechischen und slowakischen Eliten im Hinblick auf die sie prägenden historischen und neuen Faktoren. Die historische und gegenwärtige Entwicklung der staatsrechtlichen tschechisch-slowakischen Krise wird skizziert.

Mit der Herauskristallisierung der tschechischen und slowakischen politischen Szene, den Folgen der Wirtschaftsreform und dem Ausgang der Parlamentswahlen von 1992 werden die Schwerpunkte der Untersuchung im zweiten Teil der Studie fortgeführt. Auf der Suche nach den Ursachen des Zerfalls der ČSFR werden sozial- und wirtschaftspolitische Folgen der Transformation sowie die staatsrechtliche Diskussion in der Slowakei beleuchtet. Anschließend wird die Rolle der Führungseliten, ihre wirtschaftspolitische Orientierung und Motivation in dem sich anbahnenden Zerfallsprozeß analysiert.

Im nachfolgenden Teil dieser Studie soll die Beschaffenheit der gegenwärtigen politischen Elite in der selbständigen ČR und SR untersucht werden.

#### *Ergebnisse*

1. Mit der Aufnahme der Regierungsarbeit nach 1990 begannen sich die führenden politischen Kräfte des Systemwandels - das tschechische "Bürgerforum" (OF) und sein slowakisches Pendant, die "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN) - politisch, programmatisch sowie persönlichkeitsbezogen stark zu differenzieren. Beide politischen Bewegungen zerfielen im Frühjahr 1991 in mehrere Parteien bzw. Bewegungen, nach starken Meinungsverschiedenheiten über die Richtung des Reformkurses, die Art der künftigen Organisationsform sowie bei der VPN auch über den politischen Stil der führenden slowakischen Politiker, der eine Regierungsarbeit vereitelte.
2. Obwohl beide Forumsbewegungen auseinandergefallen waren, kam es in der Tschechoslowakei nicht zu einer offenen Regierungskrise. Die tschechischen Abgeordneten bildeten einen paritätisch besetzten Koordinationsausschuß, in dem beide OF-Nachfolger zu einer Übereinstimmung bei wichtigen Gesetzesvorhaben zu kommen

versuchten. Der Tschechische Nationalrat und die föderale Regierung blieben stabil einerseits durch die Anpassung an den "rechteren" politischen Kurs der aus dem Bürgerforum hervorgegangenen Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS), andererseits durch die erfolgreichen Bemühungen von Präsident V. Havel, eine maximale Stabilität der Regierungsorgane beizubehalten. In der Slowakei wurde die Regierungskrise durch eine Umbesetzung in der Regierung und die Wahl eines neuen Premierministers, J. Čarnogurský, anstelle des aus der VPN ausgeschlossenen V. Mečiar abgewandt.

3. Noch vor 1989 war die Hervorhebung der slowakischen nationalen Identität und eine hypothetische Selbständigkeit eine Domäne der slowakischen Dissidenten und der slowakischen Nachkriegsemigration. Bald nach 1989 setzte ein reges Interesse aller slowakischen Parteien ein, neue staatsrechtliche Konzepte der Föderation auszuarbeiten. Die slowakische politische Elite bildete allerdings keine gemeinsame Front für Verfassungsänderungen bzw. die Unabhängigkeit. Ihre Vorstellungen waren nicht gefestigt, sondern entwickelten und steigerten sich mit der Zeit. Zuerst wurde die Stärkung der Republikkompetenzen gegenüber der Föderation durchgesetzt. Die späteren Verfassungsentwürfe unterschieden sich dadurch, ob sie die Erhaltung der tschechoslowakischen Staatlichkeit in irgendeiner neuen Gestalt vorzogen, z.B. als konföderative Verbindung, oder für einen selbständigen Staat, der die Beziehungen mit der ČR eventuell durch einen Staatsvertrag regeln würde, eintraten. Parteien mit einem radikal nationalen Programm, die den Wunsch hatten, die Slowakei von der ČR zu trennen und sie zu einem selbständigen Völkerrechtssubjekt zu erklären, befürworteten die sogenannte "reine" Verfassung einer selbständigen SR.
4. Die Formierung der ersten tschechischen und slowakischen demokratischen Führungseliten nach 1989 im Zusammenhang mit der Herauskristallisierung der politischen Szene war in der Tschechoslowakei durch die Besonderheit beeinflußt, daß die erste Wahlperiode auf nur zwei Jahre begrenzt war. Durch die verkürzte Wahlperiode und in der Slowakei sogar einen zweiten Regierungswechsel hatten die Eliten allerdings nicht genügend Zeit, für komplexe und entscheidende Probleme des Übergangs reife Entscheidungen zu treffen, Erfahrungen zu sammeln sowie aus Fehlern zu lernen. Im Gegenteil, der nach zwei Jahren zu wiederholende Kampf um die Macht und die Wählergunst zwang die Politiker zu radikaleren Schritten und schärferen Aussagen gegenüber den vermeintlichen und tatsächlichen politischen Gegnern und verhinderte sachliche Diskussion und Kompromisse.
5. Aus den zweiten freien Wahlen nach 1989 sind auf tschechischer Seite die ODS in einer Wahlkoalition mit der kleinen Christlich-Demokratischen Partei (KDS), auf der slowakischen die "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) als Sieger hervorgegangen. Die meisten Vertreter der "intellektuellen Dissidenten-Elite" in Tschechien sowie der "altneuen" intellektuellen Elite, die umfassende gesellschaftliche Umwälzung in der Slowakei initiiert hatte, wurden 1992 nicht nur abgewählt, sondern auch aus dem Parlament katapultiert.

6. Der Wahlausgang und die neu gebildeten Koalitionen führten zum Ungleichgewicht der politischen Kräfte zwischen den beiden Republiken, zu bürgerlich-liberaler Ausprägung in der ČR und links-populistisch-nationalistischer Orientierung in der SR. Die tschechische ODS unter V. Klaus und die slowakische HZDS unter V. Mečiar, die in fast allen Bereichen geradezu gegensätzliche Meinungen vertraten, waren nach der immer noch gültigen Föderalverfassung von 1968 dazu verurteilt, eine Koalitionsregierung zu bilden und gemeinsame Politik im Hinblick auf die Fortsetzung der Transformation auf föderaler Ebene zu betreiben.
7. Die unversöhnlichen wirtschaftspolitischen Standpunkte sowie pragmatische Beweggründe der Wahlsieger verliehen dem ungelösten Konflikt über neue Kompetenzenregelung zwischen der Föderation und den beiden Republiken eine Dynamik, die binnen weniger Wochen zur Entscheidung über die Auflösung der ČSFR führte. Die Teilung und Vorgehensweise bei der Trennung wurde bei den Koalitionsverhandlungen von den führenden Politikern der ODS und HZDS vereinbart und am 25. November 1992 mit einer sehr knappen Mehrheit vom Parlament ratifiziert. Eine Volksbefragung über die Auflösung des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken wurde nicht abgehalten, weil sie die vereinbarte "Scheidung" laut Meinungsumfragen abgelehnt hätte.
8. Der Zerfall der ČSFR wurde nicht als eine unvermeidliche Folge historischer Entwicklung des Zusammenlebens zwischen Tschechen und Slowaken und der daher rührenden Unterschiede beider Länder betrachtet, ebensowenig als Folge des Emanzipationsprozesses der slowakischen Nation, denn diese forderte mehrheitlich nicht einen selbständigen Staat und eine Völkerrechtssubjektivität. Das eingeklagte Recht auf mehr Selbstbestimmung in der institutionellen Staatsordnung war, um die bürokratische Vormundschaft des vergangenen Herrschaftssystems abzuschütteln, legitim.
9. Die Ursache des Untergangs der Tschechoslowakei wird in der Erblast des kommunistischen Systems gesehen, in den fehlenden Erfahrungen der politischen Eliten und der Bürger mit der Demokratie und Marktwirtschaft, ihren Regeln und Gefahren. Auf den Verlauf des Übergangs wirkte sich die zu rasche Rekrutierung der politischen Eliten negativ aus. Ohne sich vorher auf niedrigeren Machtebenen nach Fähigkeiten, grundlegenden Kenntnissen in Steuerung der Demokratie und Funktion der Marktwirtschaft, Verantwortungsfähigkeit sowie Charakter bewährt haben zu müssen, wurde vielen durch die Revolution ermöglicht, direkt in verantwortungsvolle Ämter aufzusteigen und folgenreiche Entscheidungen treffen zu können. Einige Fehler der "Dissidenten-Elite" sowie das Versagen bzw. der Unwille der Führungseliten, einen gesamtgesellschaftlichen (tschechisch-slowakischen) Konsens über den weiteren wirtschaftspolitischen Kurs herzustellen, haben zur Desintegration geführt.
10. Die konkrete Ursache für den Zerfall der ČSFR wird in der unterschiedlichen sozialpolitischen Orientierung der Bevölkerung und ihrer Führungseliten gesehen, nämlich in den zwei verschiedenen Konzeptionen der Gesamttransformation der postkommunistischen Gesellschaft, wie sie die Programme der ODS und HZDS präsentierten. Dieser Aspekt

eröffnet eine neue, nicht nationale Ebene der staatsrechtlichen Kontroverse. Es handelte sich um ein Zusammenstoßen von zwei verschiedenen Konzeptionen und Auslegungen der Begriffe "Demokratie" und "Marktwirtschaft".

## Einführung

Um das Verständnis des zweiten Teils der Studie über politische Eliten in der ehemaligen Tschechoslowakei zu erleichtern, sollen einige Zusammenhänge aus dem ersten Teil erklärend vorausgeschickt werden.

Die während der "samtenen Revolution" im November 1989 entstandenen Bewegungen - "Bürgerforum" (OF) und "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN) - leiteten den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in der Tschechoslowakei ein. Die Forumsbewegungen - im eigentlichen Sinne Koalitionen der Gemeinschaft gegen das totalitäre System - wurden zur politischen Hauptkraft des demokratischen Wandels des Staates und der Gesellschaft. Das tschechische Bürgerforum knüpfte vor allem an mehrjährige Erfahrungen der illegalen Dissidentenbewegung "Charta 77" an, der ältesten Bürgerinitiative in Ostmitteleuropa. Die Aktivisten der Charta und weiterer elf oppositionellen Gruppierungen wurden de facto zum Kern des heterogenen Bürgerforums.<sup>1</sup> Mit den Wahlen 1990 wurden sie ins Parlament und in Regierungsämter "befördert". Aus diesem Grund wird die erste gewählte tschechische Führungsschicht (1990-1992) in der damals noch bestehenden Tschechoslowakei die "intellektuelle Dissidenten-Elite" genannt.

Eine echte slowakische Opposition gegen das kommunistische System war aufgrund einer weniger drastisch verlaufenden Normalisierungszeit nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen 1968 in der Slowakei weniger aktiv und auch zahlenmäßig viel schwächer als die tschechische. Führende Persönlichkeiten der revolutionären VPN waren meist Vertreter einer nonkonformistisch und oppositionell orientierten intellektuellen Elite, die in dem repressiven Regime nur "Inseln positiver Deviation"<sup>2</sup> in den real existierenden gesellschaftlichen Strukturen darstellten. Da diese Intellektuellen jedoch nicht bereit waren, sich professionell in der Politik zu engagieren, wurden die Kandidatenlisten der VPN vor den Wahlen 1990 meistens mit Reformkommunisten von 1968, die jedoch nicht den geistigen Reifungsprozeß der aktiven Oppositionstätigkeit der "Charta 77" durchgemacht haben, sowie mit einigen Ex-Kommunisten "aufgefüllt".<sup>3</sup> Deshalb ist die erste politische Elite in der Slowakei nach 1989 keine "Dissidenten-Elite", es kann lediglich von einer "altneuen" intellektuellen Elite gesprochen werden. Ihr neuer Bestandteil waren Vertreter einer liberalen Orientierung - Protagonisten der "samtenen Revolution" und Initiatoren der Transformation -, mitunter auch ein paar Dissidenten. In die Kategorie der "alten" Kräfte fallen Reformkommunisten von 1968 und Kommunisten bis 1989, die jedoch Reformen

---

<sup>1</sup> Zu den wichtigsten dissidentischen und oppositionellen Gruppierungen sowie zur Entstehung des Bürgerforums vgl. Eleonora Schneider, Prager Frühling und samtene Revolution. Soziale Bewegungen in Gesellschaften sowjetischen Typs am Beispiel der Tschechoslowakei, Aachen 1994, S. 168-172 und 180.

<sup>2</sup> Vgl. Martin Bútora/Vladimír Krivý/Soňa Szomolányi, Pozitívna deviácia. Kariéra pojmu a epidemiológia javu v Československu na sklonku 80. rokov, Bratislava, september 1989, S. 10.

<sup>3</sup> Es ist zwar mehrmals vorgekommen, daß bekannte unpolitische Persönlichkeiten, die für die VPN kandidierten, zwar das Vertrauen der Wähler gewannen, jedoch nach ihrer Wahl abtraten und ihre Stelle dann Ersatzleute besetzten, die kein Mandat erhalten hatten, sozusagen die zweite oder dritte Wahlkampfgaritur.

unterstützten und deshalb von der Bevölkerung als "Männer der gesellschaftlichen Umwälzung" angesehen wurden.

In der ersten Phase des politischen Transformationsprozesses zeigte sich, daß die Forumsbewegungen als breite politische Kraft auch nach abgeschlossenen Verhandlungsgesprächen mit den kommunistischen Machträgern und der Bildung der ersten "gemischten" Regierung nach wie vor in der Führungsrolle nicht zu ersetzen waren. Die Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei lehnte klassische Parteiarbeit und -mitgliedschaft, die durch das totalitäre Wirken der in der Nationalen Front vereinigten Parteien diskreditiert waren, entschieden ab. Das Mißtrauen gegenüber politischen Parteien war in der ersten Zeit nach dem Umbruch allgemein so verbreitet, daß es dazu führte, daß die politischen Repräsentanten die Etablierung der Forumsbewegungen betrieben und die Formierung von Parteien nicht in dem Maße unterstützten, wie es erforderlich gewesen wäre. Die erste Tatsache verleitete einen bestimmten Teil der Politiker zu der Illusion, daß die Bewegungen als informelle Organisationen bessere Chancen in der Gesellschaft hätten sowie mehr Bürgernähe besäßen. Dies hing mit der Idee der sogenannten "unpolitischen Politik" zusammen, die aus der Vorstellung erwuchs, daß die primäre Rolle der Foren in der Machtkontrolle und nicht in der Machtausübung liegt, sowie aus den anfänglichen Vorstellungen über neue Formen der politischen Ordnung einer demokratischen Gesellschaft. Ein weiterer Faktor war der mangelnde Wille der politischen Führer, sich politisch und programmatisch klar zu profilieren, um die Unterstützung der Wählerschaft, die sich politisch noch nicht orientiert hatte, zu gewinnen. Die nachfolgende Entwicklung zeigte jedoch, daß sich auch in der Ex-Tschechoslowakei das traditionelle politische Parteiensystem als eine institutionelle Grundlage des politischen Pluralismus durchsetzte.

Nach den ersten freien Wahlen von 1990 wurde eine auf Reformen orientierte Regierungskoalition geschlossen, die auf der tschechischen Seite allein vom OF gebildet wurde, während auf der slowakischen die VPN in einer Wahlkoalition mit der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH), der Demokratischen Partei (DS) und der Ungarischen Unabhängigen Initiative (MNI) vereinigt war. Die gemeinsame Plattform fanden diese in grundlegenden Fragen der Durchführung einer allumfassenden gesellschaftlichen Transformation, vor allem radikaler sozial-ökonomischer Reformen, die an die umwälzenden Veränderungen nach November 1989 in der Tschechoslowakei anknüpfen sollte.

## **1. Differenzierung der neuen politischen Eliten**

Die politische Szene der Tschechoslowakei nach 1989 gestaltete sich von Beginn an unausgewogen, d.h., es entstanden jeweils ganz andere Parteien im tschechischen und slowakischen Landesteil. Bis auf wenige, politisch unbedeutende Ausnahmen waren die politischen Parteien und Bewegungen national bzw. republikbezogen ausgerichtet. Sogar die früher alleinherrschende kommunistische Partei agierte getrennt, ihre tschechische und slowakische Organisation entwickelten sich unterschiedlich und zerfielen im Laufe des Differenzierungsprozesses auch anders. Die nationale Spaltung der politischen Szene und die Differenzierung der neuen Eliten wirkte sich auf den Ausgang der zweiten Parlamentswahlen

im Juni 1992 beträchtlich aus. Die veränderte Zusammensetzung der politischen Eliten nach den Wahlen 1992, vor allem die Politiker, die dadurch an die Führungsspitze des Staates gelangten, entschieden über die Fortexistenz der ČSFR sowie über den künftigen politischen und wirtschaftlichen Reformkurs in der selbständigen Tschechischen (ČR) und Slowakischen Republik (SR).

Seit ihrer Übernahme der Macht nach den ersten demokratischen Wahlen 1990 begannen sich die führenden Bewegungen OF und VPN zu differenzieren. Es kamen politische und ideelle Meinungsunterschiede zwischen ganzen Gruppen von Politikern immer mehr zum Ausdruck und vermehrt spielten auch persönliche Rivalitäten eine Rolle. Die politischen Repräsentanten des OF und der VPN mußten sich bald über ihre Rolle beim Systemumbau sowie über ihre weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven in dem entstehenden politischen Pluralismus klarwerden.

Außerdem entstanden Spannungen zwischen den Politikern, die die Bewegungen in politische Parteien mit fester organisatorischer Struktur, individueller Mitgliedschaft und Verantwortungen sowie klarer programmatischer Orientierung umwandeln wollten, um die bevorstehende radikale Umgestaltung zu realisieren, und denjenigen, die auf informellem Charakter der Bewegungen mit einer überwiegend horizontalen Struktur autonomer Einheiten beharrten.

Der Differenzierungsprozeß innerhalb der beiden Forumsbewegungen ging rasch weiter und begann sich immer mehr zu verschärfen. Zerfallerscheinungen zeichneten sich bereits im Laufe des Jahres 1991 ab, als sich die Meinungen, vor allem bei der Vorbereitung der Reformen (des Wirtschafts-, Privatisierungs- und Restitutionsgesetzes), aber auch der neuen Verfassung, bei der die Problematik der tschechisch-slowakischen Kompetenzen zutage trat, kraß gegenüberstanden. Der Zerfall der breiten revolutionären Forumsbewegungen beeinflusste die Differenzierung der neuen politischen Eliten maßgeblich.

Obwohl beide Forumsbewegungen auseinandergefallen waren, kam es in der Tschechoslowakei nicht zu einer offenen Regierungskrise. Der Tschechische Nationalrat und die föderale Regierung blieben stabil einerseits durch die Anpassung an den "rechteren" politischen Kurs der aus dem Bürgerforum hervorgegangenen Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS), andererseits durch die erfolgreichen Bemühungen von Präsident V. Havel, eine maximale Stabilität der Regierungsorgane beizubehalten. Ein destabilisierender Faktor war allerdings ein Mißverhältnis, das zwischen der Beteiligung an der Regierungsmacht der alten Forumsbewegungen und der durch den Zerfall entstandenen neuen Parteien bzw. Bewegungen entstand. Das betraf die ODS von V. Klaus<sup>4</sup> und insbesondere die HZDS von V. Mečiar, die durch die Folgen des Zerfalls der VPN von der slowakischen Regierung sogar ganz ausgeschlossen wurde. Obwohl es große Spannungen zwischen den Nachfolgeparteien des Bürgerforums gab, blieben alle Parteien in der Regierung vertreten. Die tschechischen

---

<sup>4</sup> In der föderalen Regierung stellte die Nachfolgerin des OF, die Bürgerbewegung (OH), 8 Minister und die ODS nur einen, nämlich Klaus selber. In der tschechischen Regierung waren ebenfalls 8 von der OH und 4 von der ODS vertreten, was zu großen Spannungen führte. Vgl. Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S. 337.

Abgeordneten bildeten einen paritätisch besetzten Koordinationsausschuß, in dem beide OF-Nachfolger zu einer Übereinstimmung bei wichtigen Gesetzesvorhaben zu kommen versuchten.

### *1.1 Zerfall des Bürgerforums (OF)*

Das Bürgerforum war eine integrative politische Bewegung in den böhmischen Ländern, die jedoch von Beginn an widersprüchliche bis gegensätzlich orientierte politische Strömungen in sich vereinigte. Im Führungsorgan des OF, dem Koordinationszentrum, waren Konservatismus-Anhänger, Liberale sowie auch Gruppen mit eindeutig sozialistischer Orientierung vertreten. Mit der Wahl von Václav Klaus im Herbst 1990 zum Vorsitzenden des OF - gegen den Willen der Liberalen und Sozialisten sowie der Prager Burg - kulminierten die internen Auseinandersetzungen.<sup>5</sup>

Die schärfsten Meinungsverschiedenheiten im OF betrafen die zukünftige Wirtschaftspolitik. Zwar war die grundsätzliche Entscheidung über die Richtung des Reformkurses bereits im Sommer 1990 gefallen, nachdem vorher ein Tauziehen zwischen zwei Konzeptionen stattgefunden hatte. Das eine war das "sozialdemokratisch" ausgerichtete Konzept des Vizepremiers der Föderalregierung, Valtr Komárek<sup>6</sup>, der einen langsamen und sozial mehr abgefederten Umstieg auf die Marktwirtschaft, mit Beibehaltung staatlicher Lenkungsmaßnahmen, vertrat. Dem stand auf der anderen Seite ein radikales, neoliberaleres Reformprogramm gegenüber, das vor allem der damalige Finanzminister Václav Klaus befürwortete und das im September 1990 vom Parlament verabschiedet wurde.<sup>7</sup> Der Riß zwischen den Lagern vergrößerte sich mit jedem neuen Privatisierungsgesetz - dem Restitutionsgesetz, das die Rückgabe von enteignetem Privatbesitz vorsah, sowie den Gesetzen über die kleine und große Privatisierung, die den Verkauf von Unternehmen und Geschäften regelten.

Eine weitere Tatsache, die für Sprengstoff sorgte, war, daß viele von den ehemaligen Dissidenten gleichzeitig Reformkommunisten von 1968 waren, die in der ersten postkommunistischen Regierung der Tschechoslowakei mehrheitlich Parlamentsabgeordnete und Mitglieder der Republik- bzw. Föderalregierung stellten. Sie vertraten nun in ihren politischen Positionen weiterhin mehr oder weniger einige sozialistische Ideale, und nicht wenige unter ihnen versuchten bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung an die Reformversuche von 1968 anzuknüpfen ("dritter Weg"). Gerade diese nicht zu vereinbarenden Standpunkte verursachten nicht nur bei der Planung der Wirtschaftsreform Konflikte, sondern kamen insbesondere bei dem Ausmaß der Entstaatlichung, beim Privatisierungs- und Restitutionsgesetz, zum Tragen. Während die linken Kräfte in den

---

<sup>5</sup> Vgl. Oskar Krejčí, *Kniha o volbách*, Praha 1994, S. 218.

<sup>6</sup> Der Ökonom Prof. Komárek, ein langjähriges Mitglied der KPČ (1946-90) und Direktor des Prognostischen Instituts der Akademie der Wissenschaften in Prag, wurde für das OF in das Vizepremieramt und den Vorsitz im Wirtschaftsrat der Regierung der ČSFR kooptiert. Seit 1991 ist er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, 1992 war er ihr Wahlführer. Vgl. Josef Tomeš, *Slovník k politickým dějinám Československa, 1918-1992*, Praha 1994, S. 93.

<sup>7</sup> Vgl. J. Juchler, a.a.O., S. 330.

zentralen Organen des Bürgerforums und in den Regierungen eine dominierende Stellung innehatten, wurde an der Basis, in den Gemeinden und Bezirken, starke Kritik an ihrer Politik geäußert und ein Ruf nach einer "konservativen" Ausrichtung des OF immer lauter.<sup>8</sup>

Im Januar 1991 zerfiel das Bürgerforum in zwei miteinander verfeindete Parteien, die formell weiterhin kollektive Mitglieder des OF blieben. Die eine war die straffe Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) mit konservativ-neoliberaler Programmatik unter Klaus. Sie trat für eine schnelle Wirtschaftsreform, Privatinitiative und "Selbsteilungskräfte" des Marktes ein und räumte dem Staat keine bestimmende Rolle im Wirtschaftsleben ein.

Den zweiten Teil des OF stellte die lose organisierte "Bürgerbewegung" (OH) unter dem damaligen Außenminister Jiří Dienstbier und dem Vorsitzenden der tschechischen Regierung, Petr Pithart, beide langjährige Dissidenten der "Charta 77". Ihre Mitglieder wollten keine Parteistrukturen akzeptieren, programmatisch bezeichneten sie sich als sozial-liberal mit Orientierung hin zur Mitte.<sup>9</sup> Die Mehrzahl der bekannten Aktivisten aus der Dissidentenbewegung, die nach der Machtübernahme des Bürgerforums plötzlich in die Politik katapultiert worden waren, verkörperte den Gedanken der "unpolitischen Politik" des Dissens. Sie lehnten gleichfalls die politische Richtung der ODS ab und wechselten deshalb zur OH über. Die Meinungsäußerungen einiger linksorientierter Politiker in der OH zu den wesentlichen Schwerpunkten der Reformen sowie die ungewohnte Polarisierung des Wahlkampfes 1992 stempelten dann die OH als Ganzes zur "linken Bewegung" ab<sup>10</sup> im Unterschied zur "rechten" ODS.

In der letzten Phase der Aufspaltung des OF spalteten sich noch die Bürgerlich-Demokratische Allianz (ODA) ab, ebenfalls mit einem konservativ-liberalen Programm, sowie der kleine "Klub engagierter Nichtparteilicher" (KAN), mit einer antikommunistischen Ausrichtung, der sein Bestehen aus der Zeit des Prager Frühlings erneuerte. Die beiden agierten damals als Schwesterparteien.<sup>11</sup>

Nach einiger Zeit konnte die pragmatische, antikommunistisch ausgerichtete ODS in der tschechischen Gesellschaft deutlich mehr Anhänger gewinnen. Sie konnte vor allem die regionalen Kader des Bürgerforums übernehmen, die auf ihrer Linie standen. Mit rund 20.000 Mitgliedern im Herbst 1991 hatte sie fast zweimal so viele Mitglieder wie die OH. Auch ihr

---

<sup>8</sup> 1990 wurden zwar zwei sozialistisch orientierte Gruppierungen aus ehemaligen Reformkommunisten und hohen kommunistischen Funktionären des "Prager Frühlings", zu denen auch einige "Chartisten" gehörten, wegen ihrer Linie aus dem OF ausgeschlossen, allerdings wurden sie später wieder aufgenommen. Zu einem richtigen Skandal kam es, als diese bei der Wahl des Vorstandes des Tschechischen Nationalrats soweit gingen, daß sie mit den Kommunisten abstimmten, was das OF in der Öffentlichkeit zu diskreditieren drohte und die Spaltung innerhalb des OF weiterhin vertiefte.

<sup>9</sup> Auf ihrem IV. Kongreß im Oktober 1993 haben sie ihre Organisationsform doch geändert und sich in "Freie Demokraten" umbenannt.

<sup>10</sup> Die breitgefächerte Basis der revolutionären Massenbewegungen machte es möglich, daß einige Abgeordnete des Bürgerforums mit anderen politischen Richtungen, z.B. mit den Sozialdemokraten, sympathisierten. So kam es, daß mehrere Politiker und Mitglieder der OH (im Laufe der Jahre 1991-1992 und nochmals nach den verlorenen Wahlen) die Reihen der Sozialdemokraten verstärkten. Vgl. Aleš Kroupa, *Vývoj české politické scény a popis transformačních témat od roku 1989* [interne Studie, 50 S.], ČAV, Praha 1995.

<sup>11</sup> E. Schneider, a.a.O., S. 205.

gut organisierter Wahlkampf wirkte sich auf das Wahlergebnis von 1992 aus.<sup>12</sup> Die organisatorisch unklare, intellektuell unentschieden auftretende OH scheiterte knapp an der Fünf-Prozent-Hürde (4,39%) und gelangte nicht ins Parlament.

Der absolute Mißerfolg der Dissidenten-Elite aus der OH bei der Wahl legt allerdings kein Zeugnis darüber ab, wie manchmal behauptet wird, daß die Intellektuellen sich in dem harten Geschäft der Tagespolitik nicht behaupten konnten oder sich an die nicht immer "sauberen" Regeln nicht anpassen wollten. Die Ideen des Sozialismus "mit menschlichem Antlitz" und die reformkommunistische Vergangenheit ihrer Protagonisten waren es, die auf die tschechische Gesellschaft nach 1989 nicht mehr anziehend wirkten. Die kommunistische Partei, die ihren eigenen reformkommunistischen Idealen entsagt hatte, hatte mit ihrer harten Normalisierungspolitik nach 1969 und der sozialistischen Mißwirtschaft, die das Land binnen 40 Jahren vom 10. Platz in der wirtschaftlichen Weltrangliste auf den 40. Platz brachte, alle Modelle eines "dritten Weges" diskreditiert. Die Mehrheit der Bevölkerung zog somit aus dem Reformjahr 1968 und der 21jährigen Entwicklung danach eine eindeutige Lehre - mit einem wie auch immer gearteten Sozialismus nichts mehr zu tun haben zu wollen.

### ***1.2 Zerfall der Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN)***

Bei der slowakischen Bewegung "Öffentlichkeit gegen Gewalt" kam es im April 1991 zum offenen Bruch mit großen Erschütterungen für die gesamte Innenpolitik der Slowakei. Nachdem die VPN die parlamentarische Arbeit aufgenommen hatte, wurden sofort politische Differenzen sichtbar, da hier zwei unterschiedliche politische Stile sowie Meinungen politisch-nationaler Art aufeinandertrafen. Schon die Schwierigkeiten, sich auf die Person des Premiers der slowakischen Regierung zu einigen, ließen die bevorstehende Kontroverse erahnen. Erst beim fünften Versuch wurde Vladimír Mečiar gewählt.

Die ersten Gegensätze in der politischen Bewegung zeigten sich im Frühjahr 1990 bei dem sogenannten "Bindestrichstreit", als sich die Abgeordneten in langen Verhandlungen zwischen dem Slowakischen und dem Tschechischen Nationalrat über den neuen Namen der Republik stritten und eine nationale Strömung innerhalb der VPN immer radikaler auftrat. Bei den Verhandlungen über die staatsrechtliche Gestaltung der Föderation im Oktober 1990, vor allem über die Kompetenzen der Föderalregierung als übergeordneter Instanz der Republiken, strebten diese eine starke Slowakische Republik mit breiten Befugnissen und ein abgeschwächtes föderatives Organ an, um Eigenständigkeit der ökonomischen Entwicklung zu erzwingen.<sup>13</sup> Dies hätte einen radikalen Einschnitt bei der Umgestaltung des Staates bedeutet, weil sowohl die Einführung der Wirtschaftsreform als auch aller wichtiger Transformationsgesetze in die Kompetenz der föderativen Organe fiel.

---

<sup>12</sup> In einer Wahlkoalition mit der kleinen Christlich-Demokratischen Partei (KDS) erhielt die ODS am 5.-6. Juni 1992 33,9% der Stimmen in die Föderalversammlung. Vgl. O. Krejčí, a.a.O., S. 243-244.

<sup>13</sup> Zu der Vorstellung der ökonomischen Autonomie der Slowakei, die im Endeffekt eine territoriale Wirtschaftsreform bedeutete, gehörten neben einer eigenen Steuerpolitik, Subventionierung und einem eigenen Szenario der Kuponprivatisierung auch die Umverteilung gemeinsamer oder territorialer Wirtschaftssubjekte nach nationalem Prinzip. Vgl. Jan Macháček, Federace jako nadstavba, in: Respekt, Nr. 13, März 1991.

Der schärfste Konflikt in der VPN verlief in erster Linie zwischen dem slowakischen Premierminister Mečiar und der Führung des Koordinationszentrums der VPN mit Fedor Gál an der Spitze. Die Führung der VPN warf Mečiar autoritäre Arbeitsweise, undemokratische politische Methoden (z.B. Manipulieren der Akten der Staatssicherheit, als er das Amt des Innenministers bekleidete, Erpressung von politischen und persönlichen Gegnern u.ä.)<sup>14</sup> sowie unzulässiges Verhalten in der Öffentlichkeit vor. Er sollte Halbwahrheiten und falsche Informationen verbreitet haben, um die VPN-Führung zu diskreditieren, nachdem es ihm mit legitimen Mitteln nicht gelungen war, den VPN-Vorsitz zu übernehmen.<sup>15</sup>

In März 1991 kulminierte der Streit, Mečiar wurde aus der VPN ausgeschlossen und als Premier abgesetzt. Gleichzeitig wurden drei weitere Regierungsmitglieder abberufen. Mečiar's Fraktion gründete sofort die Plattform "Für eine demokratische Slowakei", einen Monat später zerfiel die VPN in die VPN und die "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS).

Mečiar's Abberufung zog den Abgang weiterer Minister aus der slowakischen Regierung in die Opposition nach sich. Deshalb fanden im April 1991 gleichzeitig auch Umbesetzungen in der slowakischen Regierung statt. Zum neuen Premierminister wurde der Nichtkommunist und Dissident Ján Čarnogurský von der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) gewählt. Die neue slowakische Regierung unterstützte weiterhin den ökonomischen Reformkurs der föderalen Regierung. In der neuen Regierung stellte die KDH auch die meisten Minister, womit ihre Position in der slowakischen Koalition gestärkt wurde. Dies hatte allerdings große Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der tschechisch-slowakischen Problematik, weil es auch in der KDH einen starken nationalen Flügel gab, im Gegensatz zu den alten Koalitionspartnern der VPN, der Demokratischen Partei (DS) und der Ungarischen Initiative (MNI).

Die KDH war allerdings ebenfalls eine breitgefächerte Bewegung und so waren in ihr auch einige Repräsentanten des slowakischen politischen Katholizismus vertreten, die nicht nur Befürchtungen vor dem tschechischen, sondern auch vor dem westeuropäischen Liberalismus zum Ausdruck brachten. Die neue Parteikonstellation bewirkte nicht die erhoffte Entschärfung in der Frage des Verhältnisses von Gesamtstaat und Republiken und in der Konzipierung der neuen Verfassung. Da die HZDS sowie die Nationalisten auf Angriffskurs gingen und damit Druck auf die slowakische Regierung und andere Parteien ausübten, gewann die "slowakische Frage", die Ende 1990 scheinbar entschärft worden war, wiederum zentrale Bedeutung.<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Grigorij Mesežnikov, Vývoj stranického systému na Slovensku po roku 1989 [interne Studie, 56 S.], SAV Bratislava 1995.

<sup>15</sup> Seit Dezember 1990 ignorierte Mečiar faktisch die Führungsorgane der VPN: Er nahm an deren Sitzungen nicht teil und akzeptierte ihre Entscheidungen nicht. Vgl. Fedor Gál, Problém česko-slovenských vzt'ahov po novembri 1989 cez prizmu politiky, in: Fedor Gál u.a., Dnešní krize česko-slovenských vztahů, Praha 1992, S. 20-39, hier S. 31.

<sup>16</sup> J. Juchler, a.a.O., S. 337.

Der HZDS schlossen sich bald andere politische Gruppierungen wie die "Trnavská Initiative" an, die seit Oktober 1990 eine nationale Linie in der slowakischen Politik verfolgte, außerdem einige Vertreter der linken Politik (der reformkommunistischen Strömung von 1968), die Zentristen von der "Plattform der Mitte" sowie offenkundige Nationalisten. Gleichzeitig ist es Mečiar in der Gründungszeit der HZDS gelungen, bekannte Persönlichkeiten des politischen Lebens für sich zu gewinnen. Sozialdemokratisch orientierten Politikern (z.B. dem populären Protagonisten des Prager Frühlings, Alexander Dubček) versprach er, daß sich die HZDS in diese politische Richtung profiliert; gegenüber der damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DS), Olga Kellošová, gab er dagegen an, daß er seine Bewegung in die rechtsorientierte DS eingliedern wolle. In der Öffentlichkeit wurde die HZDS als eine Bewegung der Mitte vorgestellt, um die größte Bevölkerungsgruppe (45%), die sich in den Meinungsumfragen zur politischen Mitte bekannte, anzusprechen.<sup>17</sup> Mit diesem geschickten Taktieren begannen die Anstrengungen von Mečiar und anderen HZDS-Gründern, in den nächsten Wahlen ihre Positionen zurückzuerobern.

So entstand aus der HZDS eine sehr breite politische Bewegung, die neben den Gegnern der Regierungspolitik der VPN ein Spektrum von Reformkommunisten, Ex-Kommunisten, national eingefärbten Linken und nationalistischen Radikalen in sich vereinigte. Neben Personen mit sehr differenzierten Vorstellungen über die Konzeption der Transformation standen hier auch Gegner der Demontage des Kommunismus. In der HZDS waren auch Kräfte vertreten, die sich um eine erhebliche Lockerung des Bündnisses mit der Tschechischen Republik bis hin zur Initiierung der Teilung bemühten.<sup>18</sup> Somit stärkte die neu entstandene HZDS die antiföderalen und antireformerischen Kräfte der politischen Szene der Slowakei, unter denen die postkommunistische Partei der Demokratischen Linken (SDL), die Slowakische Nationalpartei (SNS) und die Christlich-Soziale Union (KSU) herausragten. Sie begannen die Arbeit des slowakischen Parlaments zu blockieren.<sup>19</sup>

Der Rest der VPN beschloß, sich in eine Partei umzuwandeln. Nachdem ein Teil der Parlamentarier und Funktionäre der HZDS beigetreten war, konnte die Rest-VPN einen stärkeren liberal-konservativen politischen Kurs mit bürgerlicher Orientierung ansteuern. Um diese Profiländerung zu proklamieren, änderte die VPN ihren Namen zuerst in VPN-ODÚ, später in Bürgerlich-Demokratische Union (ODÚ).<sup>20</sup> Die ODÚ trat für den Fortbestand der Föderation ein und unterstützte die föderale Konzeption der Wirtschaftsreform des tschechischen Koalitionspartners.

---

<sup>17</sup> G. Mesežnikov, a.a.O.

<sup>18</sup> Vgl. Iveta Radičová, O hlave a klobúku, S. 28-39, in: Ústav slovenskej literatúry SAV (Hg.), Súčasnosc' mýtov a mýty súčasnosti, Zborník z mezinárodnej konferencie 9.-10.11.1993 v Budmericiach, Bratislava 1993, S. 32.

<sup>19</sup> Vgl. Fedor Gál, a.a.O., S. 31.

<sup>20</sup> G. Mesežnikov, a.a.O.

### *1.3 Zur besonderen Lage in der Slowakei*

Die Ergebnisse der radikalen Wirtschaftsreform fielen insbesondere in der Slowakei schlechter aus als erwartet, obwohl die Slowakei von der Umverteilung der föderalen Finanzmittel profitierte. Die ungünstige Struktur der slowakischen Industrie<sup>21</sup> und deren ausschließliche Orientierung auf die Ostmärkte und den tschechischen Markt, Probleme mit der Konversion der Rüstungsindustrie usw. hatten gravierende Folgen für die Wirtschaft. Das Privatisierungstempo war langsamer und der Anteil des Privatsektors am BIP lag 1991 mit 4% deutlich niedriger als in der ČR (10%). In der SR waren auch 5,3mal weniger ausländische Firmen vertreten, und es flossen 3,7mal weniger Investitionen dorthin. Dies alles hatte bereits im September 1991 eine dreimal höhere Arbeitslosenquote in der Slowakei (10%) gegenüber den tschechischen Regionen (4%) zur Folge.<sup>22</sup> Die Einstellung der Tschechen und Slowaken zu grundlegenden Wirtschaftsfragen differierte deshalb immer mehr,<sup>23</sup> und bald setzte in der Slowakei auch vermehrt Kritik an der Reform ein.

Hinzu kamen zwei weitere, nicht unbedeutende Faktoren, die nur in der Slowakei anzutreffen waren:

- Die slowakische Bevölkerung maß sozialen Sicherheiten ein viel größeres Gewicht bei. Forschungen slowakischer Soziologen zufolge sind die Slowaken gesellschaftlichen Änderungen gegenüber konservativer eingestellt und ziehen defensive Lebensstrategien einer Anpassung an neue Verhältnisse vor. Der Egalitarismus ist bei ihnen tiefer verwurzelt, was sich u.a. auch an einem größeren Mißtrauen gegenüber Unternehmern und der Privatisierung abzeichnet. Der Übergang von Plan- zur Marktwirtschaft wurde somit durch die Wertvorstellungen und paternalistischen Verhaltensweisen der slowakischen Bevölkerung erschwert.<sup>24</sup> Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit waren für sie vor den Wahlen 1992 die dominierenden Probleme.
- Durch Aktivitäten und Manifestationen der nationalistischen Parteien schon vor den Wahlen 1990 und Forderungen der politischen Führung der Slowakei nach Neuregelung der Föderation wurde die "slowakische Frage" wiedererweckt und war täglich präsent. Die Streitigkeiten in der Föderalversammlung über die Kompetenzen der Republiken hielten bereits eineinhalb Jahre an und zeigten die Unfähigkeit beider Seiten, zu einem Konsens

---

<sup>21</sup> Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 wurde die Slowakei, bis dahin ein Agrarland, bevorzugt industrialisiert. Die Finanzmittel dafür wurden ihr im Rahmen der Umverteilung des Staatsbudgets auf Kosten der Tschechischen Republik zur Verfügung gestellt. Dabei wurden die Grundstoffindustrie und Waffenproduktion überproportional aufgebaut, da die Sowjetunion die Slowakei wegen der gemeinsamen Grenze und geographischen Lage als strategisch wichtig betrachtete. Vgl. Zdenek Lukas, Tschechen und Slowaken: Wirtschaftliche und soziale Diskrepanzen, in: R. Kipke/K. Vodička (Hg.), Abschied von der Tschechoslowakei, Köln 1993, S. 54-62, hier S. 54-55.

<sup>22</sup> Vgl. J. Juchler, a.a.O., S. 357.

<sup>23</sup> Im Januar 1991 präferierten nur 39% der Slowaken, jedoch 52% der Tschechen eine Marktwirtschaft. Eine gemischte Wirtschaft wollten 43% der Slowaken und 33% der Tschechen. Im November 1991 hatte sich der Unterschied noch vergrößert: Nur noch 33% der Slowaken, aber weiterhin 52% der Tschechen bevorzugten eine Marktwirtschaft. Vgl. J. Juchler, a.a.O., S. 338.

<sup>24</sup> Vgl. P. Fric/Z. Bútorová/T. Rosová, Československé vzťahy v zrkadle výzkumu, in: Sociológia, Nr. 24, 1992, S. 1-2.

zu gelangen. Die Häufigkeit und Art der Berichterstattung slowakischer Massenmedien über diese Themen verlagerten die öffentliche Diskussion über die staatsrechtlichen Fragen und die nationale Identität der Slowaken von einer rationellen auf eine emotionelle Ebene.

Beide Tatsachen bereiteten den Boden für antireformerische, soziale, nationale bzw. nationalistische Demagogie.

Die VPN-ODÚ wurde für die Verschlechterung der sozialen Lage verantwortlich gemacht. Da sie in ihrer Politik zudem keine besonderen nationalen Akzente setzte, verlor sie in der Öffentlichkeit an Unterstützung. Sie erreichte bald die fünf Prozent der Stimmen nicht (4%) und gelangte 1992 nicht mehr ins Parlament. Mit dem Wahlergebnis wurden also die liberalen und konservativen Kräfte in der Slowakei auf einen Schlag aus dem Parlament (VPN-ODÚ und DS mit 3%) bzw. in die Opposition (KDH mit 8,8%) gedrängt.<sup>25</sup>

Der Grund für den absoluten Verfall der VPN-ODÚ wird darin gesehen, daß die politischen Eliten aus der VPN, die mithalfen, das kommunistische System zu demontieren, Prinzipien repräsentierten, die den ursprünglichen Erwartungen der Bevölkerung in der Slowakei nicht entsprachen. Diese hatte statt tiefgreifender allumfassender Reformen eher eine Art "Perestrojka" erwartet. Im September 1992 forderten 61% der slowakischen Bevölkerung Änderung der Wirtschaftsreform und nur 14% waren für ihre "radikale" Fortsetzung.<sup>26</sup>

Das Klima vor den Wahlen 1992 in der Slowakei war keineswegs mit der Euphorie der Novembertage 1989 vergleichbar. Das allgemeine Mißtrauen des Durchschnittsbürgers der neuen Elite gegenüber - repräsentiert vor allem von den Vertretern der VPN und KDH - zeigte seine Wirkung. Als Folge einer antiföderalistischen Kampagne der damaligen Opposition (mit Ausnahme der ungarischen Parteien, die für einen gemeinsamen Staat und die Wirtschaftsreform waren) setzte sich mit kräftiger Hilfe der Massenmedien im Bewußtsein der Slowaken nicht die Erkenntnis durch, daß wirtschaftlicher Wohlstand am besten in einer "starken" Föderation erreicht werden kann und daß Ergebnisse der Wirtschaftsreform erst abgewartet werden müssen. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, daß es nicht genügend slowakische Marktwirtschaftsexperten gab, die in den Medien den Menschen begreiflich gemacht hätten, wie die Marktwirtschaft funktioniert, und die föderale Wirtschaftsreform zu ihrer Sache erklärt hätten. Zu den tschechischen Reformplanern<sup>27</sup>, die die Notwendigkeit einer Aufklärungsarbeit von Anbeginn richtig einschätzten und ihre Reformvision verständlich und unermüdlich in der Öffentlichkeit erklärten, verloren die Slowaken unter dem Einfluß der massiven Kritik ihr Vertrauen. Das Gefühl machte sich breit, die Prager Wirtschaftsreform könnte zur Unterdrückung und Benachteiligung ihrer nationalen

---

<sup>25</sup> Die HZDS wurde mit 37% der Stimmen klarer Sieger, gefolgt von der SDL' der Postkommunisten mit 14,7%. Vgl. O. Krejčí, a.a.O., S. 245.

<sup>26</sup> Vgl. I. Radičová, a.a.O., S. 36.

<sup>27</sup> Vgl. Eleonora Schneider, Tschechische Republik: Der große Optimist, in: Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.), Jahrbuch 1994/1995, München/Wien 1995, S. 133-144, hier S. 139.

Interessen führen. Auf der Kritik und Ablehnung der bisherigen Wirtschaftsreform sowie Unterstreichung des nationalen Stellenwerts baute dann die HZDS ihre Wahlkampagne auf.

Die Repräsentanten der föderalistischen und gemäßigten Strömung, die in der slowakischen Bevölkerung die ganze Zeit überwog, waren dann aufgrund der sozialen Ängste, der politischen Orientierungslosigkeit sowie psychischer und sozialer Identitätsstörungen nicht mehr imstande, die Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Vom Wahlergebnis versprach sich nun die Mehrheit der Slowaken eine Änderung der Wirtschaftsreform, d.h. eine Abkehr von der radikalen zu einer verlangsamten sozial-marktwirtschaftlichen Transformation, mit einem deutlichen Hang zum Interventionismus und staatlich regulierten Markt.<sup>28</sup> Außerdem waren die Menschen von den unübersichtlichen Verhandlungen und Diskussionen über die staatsrechtlichen Fragen enttäuscht, die an ihren alltäglichen Sorgen und Ängsten vorbeigingen. Sie sehnten sich nach Autorität, Ordnung und alten Sicherheiten sowie nach einer starken Hand. All dies kam in den Wahlen 1992 zum Tragen.

## **2. Konsequenzen der Parlamentswahlen von 1992 für die ersten politischen Eliten und die tschechoslowakische Staatlichkeit**

Durch den Wahlausgang der Parlamentswahlen vom Juni 1992 wurden die meisten Vertreter der "intellektuellen Dissidenten-Elite" in Tschechien und der "intellektuellen Elite", deren Männer die umfassende gesellschaftliche Umwälzung in der Slowakei initiierten, nicht nur abgewählt, sondern auch aus dem Parlament katapultiert. Auf tschechischer Seite gewann die ODS in einer Wahlkoalition mit der kleinen Christlich-Demokratischen Partei (KDS), auf der slowakischen ist die HZDS als Sieger hervorgegangen.<sup>29</sup>

Der natürliche Prozeß der Formierung der ersten postkommunistischen Führungselite im Zusammenhang mit der Herauskristallisierung der politischen Szene, der in allen postkommunistischen Ländern stattfand, wurde in der Tschechoslowakei durch eine Besonderheit beeinflusst. Sie liegt in der anfangs nur auf zwei Jahre begrenzten Wahlperiode der ersten demokratischen tschechoslowakischen Regierung. In dieser Zeit sollte sich die politische Landschaft konsolidiert und demokratische Mechanismen sollten zu greifen begonnen haben. Die politisch unerfahrene Führung und die neuen Parlamentsabgeordneten befanden sich in einer Einarbeitungsphase, in der sie gleich Hunderte von Gesetzen ändern und verabschieden mußten. Gleichzeitig hatten sie wichtigste politische Entscheidungen für die gewaltigen Probleme des Übergangs zur Demokratie und Marktwirtschaft zu treffen.

---

<sup>28</sup> Vgl. I. Radičová, a.a.O., S. 32.

<sup>29</sup> Mit 33,4% der Stimmen bekam die ODS/KDS in der Kammer der Nationen der Föderalversammlung 37 von 150 Mandaten, die HZDS mit 33,8% 33 Mandate. Die Parlamente der seit 1. Januar 1993 selbständig agierenden Republiken wurden nach der Auflösung der Föderalversammlung aus den Nationalräten gebildet. Im Tschechischen Nationalrat (ČNR) sind 7 politische Subjekte vertreten, die ODS/KDS bekam mit 29,73% 76 Mandate. Die HZDS mit 37,26% Stimmen erhielt 74 Mandate im Slowakischen Nationalrat (SNR), in dem 4 slowakische Parteien und eine der ungarischen Minderheit vertreten waren. Vgl. Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová, Die letzten Wahlen der ČSFR 1992 und die Lage danach, in: Berichte des BIOst, Nr. 2, 1993, S. 9-10.

Durch die verkürzte Wahlperiode und in der Slowakei sogar einen zweiten Regierungswechsel hatten die Eliten allerdings nicht genügend Zeit, für komplexe und entscheidende Probleme des Übergangs reife Entscheidungen zu treffen, Erfahrungen zu sammeln sowie aus Fehlern zu lernen. Im Gegenteil, der nach zwei Jahren zu wiederholende Kampf um die Macht und die Wählergunst zwang die Politiker zu radikaleren Schritten und schärferen Aussagen gegenüber den vermeintlichen und tatsächlichen politischen Gegnern, und verhinderte sachliche Diskussion und Kompromisse.

Somit wirkten sich die zwei Jahre früher stattgefundenen Parlamentswahlen als ein Verschärfungs- und Beschleunigungsfaktor mehrerer Prozesse aus, von denen das Ungleichgewicht der politischen Kräfte zwischen den beiden Republiken der bedeutendste war, die zu einer Polarisierung unter den tschechischen und slowakischen Führungen und schließlich zur Auflösung der ČSFR führten.

In der Tschechischen Republik dominierten deutlich rechts stehende (d.h. bürgerliche, konservativ-liberal orientierte) Parteien in einem stark polarisierten Parteienspektrum gegenüber den Linken - Sozialdemokraten, Kommunisten und Postkommunisten. Im Tschechischen Nationalrat bildete die ODS/KDS mit der Bürgerlich-Demokratischen Allianz (ODA) und der Christlich-Demokratischen Union-Tschechoslowakischen Volkspartei (KDU-ČSL) unter V. Klaus eine neue Koalition. Sie alle wollten den politischen Demokratisierungsprozeß und die schnelle Privatisierung sowie radikale Wirtschaftsreform fortsetzen.

Im Slowakischen Nationalrat besaß die links-populistische HZDS, deren Politiker sich von Anfang an gegen große gesamtgesellschaftliche Veränderungen gestellt und mitunter sich auch um eine wesentliche Lockerung des föderalen Bündnisses der Tschechoslowakei bemüht hatten, beinahe die absolute Mehrheit (eine Stimme fehlte ihr). Die Attacken gegen den wirtschaftspolitischen Kurs des in der Slowakei verhaßten Klaus und antiföderalistische Demagogie stellten das zentrale und erfolgreichste Wahlkampfthema dar. Die HZDS unter V. Mečiar verband sich mit der radikal-nationalistischen SNS, die für einen selbständigen slowakischen Staat eintrat.

Weil in der postkommunistischen Welt die Begriffe "rechts" und "links" ziemlich diffus angewandt werden, sollte eher von einer Tendenz der Bevölkerung die Rede sein.<sup>30</sup> Aber gerade diese Tendenz machte die Problematik zwischen der ČR und SR aus, die sich in den grundlegend unterschiedlichen Wahlergebnissen 1992 niederschlug. Unerwartete ökonomische Schwierigkeiten in der Slowakei nach 1989 und eine "Perestrojka"-Haltung gegenüber einer tiefgreifenden Demontage des kommunistischen Systems in den Grundbereichen der Gesellschaft gründeten auf einer kollektivistischen, sozialnationalen Sicht von Werten und Symbolen. Diese hängt mit der Funktion der nationalen Tradition in der slowakischen Kultur

---

<sup>30</sup> Gegen die Etikettierung der Slowakei als ein "linksorientiertes Land" wandte sich entschieden der Vorsitzende der VPN, F. Gál. Laut Umfragen in der Slowakei im Januar 1992 bekundeten lediglich 6% der Wähler klare linke Ansichten, und weitere 15% bezeichneten sich als linksorientiert. Unter den Wählern des breiten HZDS-Spektrums waren nur 5% Slowaken, die meinten, die Wirtschaftsreform müßte ganz gestoppt werden. Vgl. F. Gál, a.a.O., S. 147.

sowie der Struktur des gesellschaftlichen Lebens zusammen. Teilweise liegen dem politische Kulturunterschiede zugrunde: jeweilige demokratische Traditionen, politische Kultur und Verankerung der liberalen Werte und Wertvorstellungen, die z.B. auch im Willen zur Veränderung hin zu einem westlichen Zivilisationsmodell vorzufinden waren. In dieser Hinsicht waren die böhmischen Länder immer eher fortschrittlicher, für Reformen offen, die Slowakei hingegen eher konservativ, darauf aus, bestehende Werte und Wertvorstellungen zu bewahren.<sup>31</sup>

Noch mehr wirkte sich eine unterschiedliche Perzeption des kommunistischen Systems aus, in dem sich der allgemeine Lebensstandard der Slowaken im Unterschied zu den böhmischen Ländern mehrfach verbesserte. Diese Entwicklung führte zu größerer Akzeptanz des Systems und auch zu größerem Paternalismus der Slowaken. Wo in der ČR etwa die Hälfte der Bevölkerung starke paternalistische Erwartungen hatte, kam die SR auf drei Viertel der Population (bei einigen Indikatoren auf fast 90%). So überrascht es denn nicht, wie die slowakische Wissenschaftlerin Radičová feststellte, daß die Slowaken in ihrer Mehrheit eine Transformationsform wünschten, die ihrer Vorstellung von einer "ein bißchen sozialistisch und ein bißchen kapitalistisch aufgebauten Gesellschaft" entsprach, (...) einem Sozialismus oder Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, einem "goldenen Mittelweg".<sup>32</sup>

Für die meisten Tschechen stand eine demokratische, liberale Konzeption des gesellschaftlichen Lebens nach dem historischen Vorbild der Ersten Republik und des gegenwärtigen westlichen Europas im Vordergrund. Der Wahlslogan von 1990 "Zurück nach Europa" war kein vom Bürgerforum künstlich produzierter Satz, sondern wurde von der tschechischen Bevölkerung tatsächlich so empfunden, und diese Empfindung hat trotz des Verlustes vieler Illusionen seither nicht nachgelassen.

Während in den jeweiligen Republiken relativ klare und einigermaßen stabile Verhältnisse herrschten, waren sie im föderalen Parlament unklar. Nach der Föderalverfassung aus der Ära des "Prager Frühlings" konnten durch das sogenannte Majorisierungsverbot, mit dem das Überstimmen der einen durch die andere Nation verhindert wurde, die Beschlüsse der ganzen Föderalversammlung blockiert werden. Darüber hinaus mußten in der Kammer der Nationen immer beide Republikteile einer Vorlage zustimmen, so daß sie sich bei jedem künftigen Transformationsgesetz ebenso blockieren konnten. Infolge des absoluten Vetorechts beider Nationen bestand in der Föderalversammlung ein tschechisch-slowakischer Koalitionszwang, weil jeder Wahlsieger zwangsläufig eine Koalition mit dem der anderen Republik eingehen mußte, um sich mit ihm die Mehrheit in dem jeweils anderen Teil der Nationenkammer zu sichern.<sup>33</sup>

Das bedeutete in der Praxis, daß die ODS und HZDS, die in fast allen Bereichen geradezu gegensätzliche Meinungen vertraten, nach dem Wahlausgang eine Koalitionsregierung zu bil-

---

<sup>31</sup> Vgl. Fedor Gál, Zerfall der Tschechoslowakei unter innenpolitischen Aspekten, in: R. Kipke/K. Vodička (Hg.), a.a.O., S. 140-152, hier S. 145.

<sup>32</sup> I. Radičová, a.a.O., S. 39.

<sup>33</sup> Vgl. Karel Vodička, Koalitionsabsprache: Wir teilen den Staat! Wahlergebnisse 1992 und deren Folgen für die tschechoslowakische Staatlichkeit, in: R. Kipke/K. Vodička (Hg.), a.a.O., S. 77-106, hier S. 77-78.

den und gemeinsame Politik im Hinblick auf die Fortsetzung der Transformation auf föderaler Ebene zu betreiben hatten.

Die Tatsache, daß es in der hektischen Transformationsperiode 1990-1992 nicht gelang, eine neue oder zumindest provisorische Verfassung der ČSFR zu verabschieden, in der die Kompetenzen zwischen der Föderation und den beiden Republiken zufriedenstellend ausformuliert gewesen wären, machte sich nach den Wahlen in aller Konsequenz bemerkbar. Wegen der Untauglichkeit der kommunistischen Verfassung für parlamentarische Entscheidungsprozesse (infolge des Majorisierungsverbots), weil sie nicht für echte demokratische Wahlen, in welchen Tschechen und Slowaken für verschiedene politische Richtungen stimmen würden, gedacht war, war eine Verfassungskrise vorprogrammiert.<sup>34</sup>

Ein Verfassungsentwurf wurde von der Föderalversammlung zwar ausgearbeitet, aber wegen der heftig werdenden Kontroversen zwischen den Repräsentanten der Republiken und der bevorstehenden Wahlkampagne 1992 nicht verhandelt. In der Föderalversammlung wurde noch 1992 versucht, wenigstens eine kleine Verfassungsreform, eine Novellierung von drei Verfassungskapiteln (Parlament, Präsident, Regierung) durchzusetzen<sup>35</sup>, um wenigstens funktionsfähige höchste Organe der ČSFR zu schaffen. Der Gesetzentwurf wurde von der Kammer der Nationen im März 1992 allerdings mit einer knappen Mehrheit von zwei Stimmen abgelehnt. Ein zweiter Versuch, mit präzisierten Bestimmungen über die Ernennung der Föderalregierung nach den Wahlen und über das Verfahren der Präsidentenwahl, die ebenfalls kurz bevorstand, scheiterte ebenfalls.

Die negativen Folgen der Wahlen für die ČSFR ergaben sich aus der beschriebenen Polarisierung der politischen Kräfte der Tschechischen und Slowakischen Republik. Diese Polarisierung hatte drei Dimensionen: eine soziale, eine wirtschaftliche und eine nationale bzw. staatsrechtliche. Die entscheidende Bedeutung fiel der staatsrechtlichen Umgestaltung zu, die sich mit der nationalen Dimension deckte.<sup>36</sup> Die politischen Standpunkte und persönlichen Beweggründe der Wahlsieger verliehen dem Konflikt zwischen den tschechischen und slowakischen Repräsentanten eine Dynamik, die binnen weniger Wochen zur Entscheidung über die Auflösung der ČSFR führte.

## ***2.1 Staatsrechtliche Konzepte der neuen politischen Eliten***

Seit dem Bestehen der ersten Tschechoslowakischen Republik verschmolz für die Mehrheit der Tschechen das Tschechische mit dem Tschechoslowakischen. Die Erklärung ist historisch begründet, weil die nationale Identität seit der Vollendung des Selbstfindungs- und Selbstbestimmungsprozesses der tschechischen Nation im 19. Jahrhundert zur Selbstverständlichkeit geworden ist, d.h. zu einem gelebten, nicht mehr gesuchten Wert. Eine Begleiterscheinung der abgeschlossenen nationalen Identitätssuche ist die Geltung eines

---

<sup>34</sup> Ebenda, S. 102.

<sup>35</sup> Der Gesetzentwurf sah ein Zweikammerparlament vor, das aus einer Abgeordnetenkommission (mit Sitz in Prag) und einem Senat (mit Sitz in Bratislava) bestehen sollte.

<sup>36</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová, a.a.O., S. 11.

universalistischen und institutionalisierten Wertesystems, in dem der Staat als eine "übernationale" Institution auftritt.<sup>37</sup> Dies zeigte sich in der Tätigkeit der neuen tschechischen politischen Repräsentanz, für die das Schwergewicht des politischen Wirkens auf föderaler Ebene lag. Die Stellung und Tätigkeit der Republikorgane hingegen erschien ihnen als bloß abgeleitet und weniger wichtig.

In der Wahlperiode 1990-1992 wurde ein Entwurf der tschechischen Verfassung als eines Mitgliedsstaates der Föderation erarbeitet. Im Unterschied zu den slowakischen Verfassungsentwürfen enthielt er keine Bestimmungen über die Zuständigkeiten der Republik gegenüber der Föderation, da auf tschechischer Seite diese Fragen aus politisch-psychologischen Gründen nicht im Vordergrund standen.<sup>38</sup>

In der Slowakei wurden Unterschiede zwischen dem Slowakischen und dem Tschechoslowakischen deutlich empfunden und als Fortbestehen des "Tschechoslowakismus" bzw. des tschechischen Chauvinismus (in der schärferen Variante) abgelehnt. Die slowakische nationale Identität ist vor allem auf eine territoriale "Stammeszugehörigkeit" und einen Traditionalismus fixiert.<sup>39</sup> Die Tatsache, daß Prag die Hauptstadt der Tschechischen Republik und gleichzeitig die Hauptstadt der Föderation war, wurde in Bratislava als Quelle des angeprangerten Pragozentrismus empfunden. Die emotionelle Argumentationsführung der neuen slowakischen Repräsentation und die aufgewühlte Emanzipationsdiskussion in den Massenmedien deuten darauf hin, daß der Selbstfindungsprozeß - zumindest in Teilen der slowakischen Nation - noch nicht abgeschlossen ist.

Das erklärt auch das stärkere Interesse der slowakischen Führung, eine Verfassung der SR vorzubereiten, das sich in der Schaffung einer Sonderkommission des Slowakischen Nationalrats äußerte. Bald nach 1989 setzten bei fast allen slowakischen Parteien (außer der der ungarischen Minderheit) Initiativen zum Aufbau einer slowakischen Staatlichkeit ein, einschließlich aller Statssymbole.

Hierzu wäre noch anzumerken, daß noch vor 1989 die Hervorhebung der slowakischen nationalen Identität und eine langfristige, hypothetische Perspektive des Erlangens von Selbständigkeit eine Domäne der slowakischen Dissidenten war. Genannt seien hier zwei der bekannten Protagonisten, Ján Čarnogurský und Miroslav Kusý<sup>40</sup>. Eine gesonderte Gruppierung stellte die ältere slowakische Nachkriegsemigration dar, die überwiegend in den USA und Kanada lebt und in Toronto die Organisation "Slovak World Congress" gründete, sowie die katholische slowakische Emigration, deren Zentrum das "St. Kyrillos-und-

---

<sup>37</sup> Vgl. Josef Alan, Česko-slovenské vztahy po pádu komunistického panství, in: Fedor Gál u.a., Dnešní krize česko-slovenských vztahů, Praha 1992, S. 8-19, hier S. 14.

<sup>38</sup> Weitere Einzelheiten zur Erarbeitung der Entwürfe der Verfassungen der Tschechischen und Slowakischen Republik bei Zdeněk Jičínský/Vladimír Mikule, Das Ende der Tschechoslowakei 1992 in verfassungsrechtlicher Sicht (Teil I), in: Berichte des BIOst, Nr. 44, 1994, hier S. 20-25.

<sup>39</sup> Vgl. J. Alan, a.a.O., S. 14.

<sup>40</sup> Vgl. Miroslav Kusý, Slovák som a Slovák budem, S. 88; Slovenský fenomén, S. 155-175, in: ders.: Eseje, Bratislava 1991. Die Nationale Thematik benutzte übrigens auch das ungarische Dissens in der Slowakei.

Methodios-Institut" in Rom war.<sup>41</sup> Bereits im Dezember 1989 formulierte der "Slowak World Congress" eine Liste von radikalen Vorschlägen zur rechtsstaatlichen Ordnung der Tschechoslowakei, in der zwar von einer Konföderation ausgegangen wird, die aber eine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Slowakei bedeuteten.<sup>42</sup> Mehrere dieser Vorschläge tauchten dann später in den Forderungen einiger führender slowakischer Politiker wieder auf.

Bereits 1990 wurde die erste Version der slowakischen Verfassung erarbeitet, die vorerst noch als die Verfassung eines Mitgliedsstaates der Föderation konzipiert war. Die weiteren Entwürfe enthielten schon eine selbständigere Stellung der Republiken im Rahmen des gemeinsamen Staates mit zwei alternativen Lösungen: Die eine ging nach wie vor von einem gemeinsamen tschechoslowakischen Staat aus, die andere von einer lockeren Beziehung zur Tschechischen Republik unter der Bezeichnung "Staatenbund". Parteien mit einem radikal nationalen Programm, die den Wunsch hatten, die Slowakei von der ČR zu trennen und sie zu einem selbständigen Völkerrechtssubjekt zu erklären, befürworteten die sogenannte "reine" Verfassung einer selbständigen SR. Diese Vorstellungen waren nicht gefestigt, sondern entwickelten und steigerten sich mit der Zeit. Sie unterschieden sich dadurch, ob sie die Erhaltung der tschechoslowakischen Staatlichkeit in irgendeiner neuen Gestalt vorzogen, z.B. als konföderative Verbindung, oder für einen selbständigen Staat, der eventuell durch einen Staatsvertrag die Beziehungen mit der ČR regeln würde, eintraten.<sup>43</sup>

Im Unterschied zu einigen anderen postkommunistischen Staaten, die nach der Wende ihre Unabhängigkeit erlangten, hatte die slowakische politische Elite keine gemeinsame Front für die Unabhängigkeit gebildet, obwohl sie sich für Verfassungsänderungen der Föderation einsetzte. Mindestens drei Konzepte werden von den slowakischen Soziologen Bútorová/Bútora unterschieden:<sup>44</sup>

1. Die nationale Dimension wurde als eine potentielle Bedrohung der Demokratie und des wirtschaftlichen Wohlstandes interpretiert. Im Nationalismus wurde ein Ersatz für die nun fehlende kommunistische Identität gesehen.
2. Demgegenüber standen die Bemühungen um die slowakische Selbständigkeit als ein natürliches, zusätzliches Element der europäischen Integration - ein Element, das es einer Nation ermöglicht, ihre kulturelle Identität zu bewahren. Das Europa der Gegenwart, so wurde argumentiert, wird auf der Grundlage von eigenständigen Staaten aufgebaut, deshalb muß völkerrechtliche Subjektivität erlangt werden - das heißt, selbständiger Staat. Bei diesen Bemühungen gab es unterschiedliche Zeitperspektiven:

---

<sup>41</sup> Vgl. Ján Bunčák/Valentína Harmadyová, Transformácia a hodnotenie spoločenských zmien v Slovenskej republike [interne Studie, 92 S.], Institut für Soziologie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (SAV), Bratislava 1996, S. 42.

<sup>42</sup> Zeitschrift der Zuhause und in der Welt lebenden Slowaken 23:55, Jg. 2, Nr. 8, 4.6.1990, S. 10.

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Vgl. Zora Bútorová/Martin Bútora, Die unerträgliche Leichtigkeit der Trennung, in: R. Kipke/K. Vodička (Hg.), a.a.O., S. 120-121.

- a) Die langfristige Perspektive war im Programm der KDH als Vorschlag formuliert: ein Staatsvertrag als Grundlage einer künftigen Bundesverfassung zwischen dem Tschechischen und Slowakischen Nationalrat. Die ČSFR sollte als gemeinsamer Staat bis zu dem Zeitpunkt erhalten bleiben, zu dem Tschechen und Slowaken als zwei gleichberechtigte Völker in ein vereintes Europa integriert würden. Mit diesem Vorschlag verknüpfte der damalige slowakische Premierminister und Vorsitzende der KDH, J. Čarnogurský, seine Vorstellung von einer selbständigen Vertretung der Slowakei in der EU und in der UNO. Diese Konzeption war allerdings unzureichend ausgearbeitet und konkretisiert und stieß schon deshalb auf Ablehnung der tschechischen Seite. Čarnogurský formulierte es als ein "eigenes slowakisches Sternchen am europäischen Himmel im Jahre 2000". Später verkündete er allerdings in der ausländischen Presse, daß, wenn sich die EU dagegen stellen sollte, die Slowakei aus dem Verbund austreten würde, weil in dem Staatsvertrag die Möglichkeit, jederzeit zu "kündigen", enthalten sei.<sup>45</sup>
- b) Die kurzfristige Perspektive vertraten die Nationalisten der SNS, die sich für eine sofortige Selbständigkeit der Slowakei engagierten. Bei ihrer Argumentation stützten sie sich auf "Patriotismus" - die Idee der Erneuerung der slowakischen Nation - und benutzen verschiedene Stereotypen und Mythen aus der Geschichte, vor allem die Idole und Symbole des slowakischen Staates.
3. Das dritte Konzept enthielt das Programm der VPN, die föderalistisch orientiert war. Es betrachtete das nationale und bürgerliche Element nicht als kontraproduktiv, sondern als Bestandteile der menschlichen Koexistenz. Die VPN sprach von der Bildung einer neuen Föderation "von unten", deren Grundlage zwei starke nationale Republiken sein sollten, die eine starke Föderation ausmachen würden: "(...) die grundsätzliche Souveränität ist die Souveränität jeder der Republiken, wobei die Souveränität der Föderation eine abgeleitete, delegierte ist. Beide nationale Republiken müssen ihre Angelegenheiten selbst verwalten, in der föderalen Kompetenz verbleiben die Bereiche Verteidigung, Außen- und Finanzpolitik sowie in der Übergangszeit noch einige weitere, unumgängliche und genau festgelegte Aufgaben".<sup>46</sup>

Eine andere Variante der Neuordnung der Tschechoslowakei als Föderation schlug ein Teil der ersten tschechischen Elite (mährische Politiker) 1991 vor: ein Bundesstaat mit der Länderteilung in Böhmen, Mähren und die Slowakei, die sich nicht an dem nationalen, sondern an dem historisch-territorialen Prinzip orientiert. Dieser Vorschlag war eine Reaktion auf die slowakischen Forderungen im Zusammenhang mit Aktivitäten national orientierter mährischer Parteien und der plötzlich aufgekommenen Suche nach mährischer Identität. Er stellte einen Versuch dar, das Übergewicht des nationalen Prinzips auszugleichen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der slowakischen Elite vom Tisch gefegt, weil die Unterteilung in drei Einheiten für sie ungünstiger gewesen wäre.

---

<sup>45</sup> F. Gál, a.a.O., S. 33.

<sup>46</sup> Vgl. Šanca pre Slovensko. Program hnutia VPN, Bratislava 1990, S. 5.

Die konkurrierenden Konzepte für die Lösung des staatsrechtlichen Problems sowie öffentliche, von Nationalisten und slowakischen Kommunisten organisierte Ereignisse, die das "Auftauen der slowakischen Frage" nach 1990 begleiteten, führten zu großer Verwirrung im Bewußtsein der slowakischen Bevölkerung. Die tschechisch-slowakische öffentliche Diskussion in den Massenmedien wies immer mehr Widersprüche auf. Einerseits sprachen sich 80% der Bürger laut Meinungsumfragen vor den Wahlen (Mai 1992) für die Erhaltung der Tschechoslowakei aus. Andererseits herrschte vor allem in der Slowakei ein "atomisiertes Empfinden der einzelnen gesellschaftlichen Sphären", das an eine "kognitive Ratlosigkeit" grenzte und eine allgemeine Verwirrung erzeugte. Die "postkommunistische Panik, d.h. eine verminderte Fähigkeit, sich in der neuen, schnell wandelnden gesellschaftlichen und politischen Realität zu orientieren, zeigte sich besonders deutlich bei der Beurteilung von staatsrechtlichen Fragen", analysierten einige slowakische Soziologen.<sup>47</sup>

So hatten die Tschechen und Slowaken unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Form der institutionellen Zusammenarbeit ihrer Länder im Laufe der zweijährigen Diskussion entwickelt<sup>48</sup>: 31% der Slowaken präferierten eine konföderative Lösung, wobei in den böhmischen Ländern nur 6% dafür waren. In der Tschechischen Republik dominierte dagegen der Wunsch nach einem Staat mit einer Regierung mit 34%, in der Slowakei war diese Lösung mit 12% die am wenigsten akzeptierte. Eine Föderation unterstützten 28% der Tschechen und 33% der Slowaken. 11% der Slowaken und 6% der Tschechen sprachen sich für zwei unabhängige Staaten aus.<sup>49</sup>

## 2.2 *Konföderation versus Föderation*

Mitte 1991 lehnte V. Klaus beim entscheidenden Treffen der politischen Repräsentanten im Hinblick auf die Republikverfassungen den Vorschlag der Regierung Čarnogurský über den Staatsvertrag zwischen der SR und ČR strikt ab. Danach waren die staatsrechtlichen Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt. Das föderale Parlament war in den letzten Monaten vor den Wahlen 1992 praktisch blockiert. Somit lag es nur an den neuen politischen Repräsentanten, eine definitive Lösung der tschechisch-slowakischen Krise zu finden.

---

<sup>47</sup> Vgl. Z. Bútorová/M. Bútor, a.a.O., S. 124.

<sup>48</sup> Zum Vergleich sind die Daten des slowakischen Instituts für Sozialanalysen über die staatsrechtliche Gestaltung der tschechisch-slowakischen Beziehungen von Oktober 1990 interessant. Bevor die Nationalisten und Separatisten in den verschiedenen Parteien und kulturpolitischen bzw. national orientierten Organisationen ("Slowak World Congress", "Matica slovenská", "Konföderation politischer Gefangener", Journalisten- und Schriftsteller-Clubs), die das Regime und Persönlichkeiten des slowakischen Staats in der Öffentlichkeit rehabilitieren wollten, politische Stimmung und Emotionen in der Slowakei anheizten, fielen die Daten noch ganz anders aus. Eine sogenannte authentische Föderation, in der die nationalen Republiken größere Kompetenzen auf Kosten der Föderation haben sollten, unterstützten 1990 noch 53,8% der Slowaken und 47,7% der Tschechen. Für das damalige Modell der Föderation hätten 34,1% der Tschechen und 21,4% der Slowaken, für eine Konföderation zweier selbständiger Staaten 6,7% Tschechen und 9,7% der Slowaken und für zwei völlig separate Staaten nur 5,3% der Tschechen und 9,6% der Slowaken gestimmt. Vgl. Rüdiger Kipke, Die jüngste politische Entwicklung im Meinungsspiegel ihrer Bürger, S. 39-53, in: R. Kipke/K. Vodička (Hg.), a.a.O., S. 48.

<sup>49</sup> Vgl. L. Rezler, STEM, in: Lidové noviny, 31.7.1992.

Keine der beiden Siegerparteien, ODS und HZDS, forderte in ihrem Wahlprogramm die Aufteilung der Tschechoslowakei und hatte deshalb auch kein Mandat dazu. Die Wahlprogramme erhielten lediglich verschiedene Vorschläge für eine Umgestaltung der Föderation, wobei die HZDS mit einem unklar formulierten, geschickt vernebelten Termin einer Konföderation<sup>50</sup> antrat.

Die HZDS hatte sich gleich zu Beginn der Wahlkampagne folgende Ziele gesteckt:

1. Erklärung der Souveränität der Slowakei,
2. Verabschiedung einer slowakischen Verfassung,
3. Erlangung des Status als Völkerrechtssubjekt und
4. Durchführung eines Referendums über die Beziehungen zur Tschechischen Republik.<sup>51</sup>

Je nach dem Ergebnis des Referendums wollte sie darüber hinaus einen Vertrag mit der ČR schließen (ursprünglich die Forderung der früheren Regierung J. Čarnogurský), in dem die Beibehaltung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, einer gemeinsamen Verteidigungskonzeption und die Koordinierung der Außenpolitik vereinbart werden sollten.

Für den Durchschnittsbürger war es nicht verständlich, was genau die einzelnen Formen der staatsrechtlichen Ordnung bedeuten. Gerade darauf baute die HZDS ihre Wahlkampagne auf. V. Mečiar hatte mit großem Einsatz für die Erweiterung der Republikkompetenzen, d.h. gegen den unbeliebten "Pragozentrismus", gekämpft, bekannte sich aber vor den Wahlen ausdrücklich zum gemeinsamen Staat. Als er 1991 in die Opposition gedrängt worden war, hatte er, um wieder an die Macht zu kommen, verstärkt eine national-slowakische Emanzipationspolitik betrieben, um der ebenfalls national-slowakischen Rhetorik der Christlich-Demokratischen Bewegung des Premierministers Čarnogurský den Wind aus den Segeln zu nehmen.

"Die Widersprüche in der Auffassung der staatsrechtlichen Fragen aufrechtzuerhalten und somit auch weiterhin Raum für politische Manipulation zu haben, war das Ziel der nebulösen Rhetorik dieser Bewegung, die bis zum allerletzten Augenblick vor den Wählern die unrealistische Vorstellung eine Konföderation als Form eines gemeinsamen Staates suggerierte", kommentieren Bútorová/Bútorá.<sup>52</sup> Anhand dieser Erklärung überrascht den Beobachter nicht, daß Mečiar von vielen Slowaken auch als Kämpfer für eine gerechte Föderation bzw. Konföderation gewählt wurde.

Die ODS hatte sich in ihrem Wahlprogramm das Ziel gesetzt, einen funktionsfähigen und stabilen föderativen Staat aufzubauen, der weitgehend dezentralisiert werden sollte. Die meisten föderalen Kompetenzen sollten nicht nur an die nationalen Teilrepubliken, sondern

---

<sup>50</sup> Zu einer lockeren Föderation mit konföderativen Elementen bekannte sich ursprünglich nur die postkommunistische SDL'. Als Oppositionspartei nutzte sie jede Möglichkeit, mit sozialer Argumentation die föderale Wirtschaftsreform scharf zu kritisieren. Somit zwang sie ihre politischen Konkurrenten zu sozialer Demagogie und trug dadurch gleichfalls dazu bei, die Zerfallstendenzen zu verstärken.

<sup>51</sup> Vgl. Budování státu, Jg. 3, Nr. 6, 1992.

<sup>52</sup> Z. Bútorová/M. Bútorá, a.a.O., S. 124.

nach Möglichkeit nach unten, an die regionalen und kommunalen Selbstverwaltungen, delegiert werden.<sup>53</sup> Über eine andere Variante der tschechisch-slowakischen Koexistenz hatte sie nicht nachgedacht. Eine "funktionsfähige Föderation" war für die slowakische Elite jedoch offensichtlich mit dem bestehenden "unitaristischen" Staat, der für sie inakzeptabel war, identisch.

Als eine Reaktion auf die langwierigen Verhandlungen begann in der tschechischen Politik, besonders in ihrem rechten Flügel, eine Aversion gegen die slowakische Politik der Erpressung, wie sie begriffen wurde, zu wachsen. Das Kabinett des tschechischen Premierministers P. Pithart wurde beschuldigt, zu schwach und zu nachgiebig zu sein und kein Konzept für die Slowakei zu haben. Die Darstellung der slowakischen Problematik in einigen tschechischen Medien nach dem Motto: "Im Grunde genommen wollen alle slowakischen Politiker das gleiche, nämlich die "Emanzipation", die letzten Endes zum Zerfall des Staates führt" brachte auch bei einigen tschechischen Bürgern eine ablehnende Haltung hervor. So kam es, daß bei einigen Tschechen, vor allem Pragern, zu dem Konflikt der politischen Repräsentation beider Teilrepubliken eine neue Meinung als Lösung der Lage zu hören war: "Laßt sie doch gehen!"<sup>54</sup>

Die kleine Bürgerlich-Demokratische Union (ODA) begann mit diesem Unmut Wahlkampf zu machen, um die Fünf-Prozent-Hürde sicher zu übersteigen. Sie erklärte, daß falls sich in der Slowakei nicht eine ähnliche Konzeption der wirtschaftlichen Transformation wie in den tschechischen Ländern durchsetzen würde, der Zerfall des Staates unvermeidlich wäre. Diese Haltung hatte V. Klaus vor den Wahlen allerdings scharf angegriffen und damit wahrscheinlich zum Wahlmißerfolg der ODA beigetragen, weil die Einstellung der tschechischen Öffentlichkeit zur Teilung des Staates insgesamt nicht radikal war.

### **2.3 "Scheidung" als Ergebnis der ODS-HZDS- Koalitionsverhandlungen**

Die Koalitionsverhandlungen der Parteispitzen von HZDS und ODS über die Bildung der Föderalregierung begannen unmittelbar am dritten Tag (8.6.1992) nach den Wahlen. Sogleich kamen die grundsätzlichen Unterschiede bezüglich der Lösung der staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Gestaltung der Tschechoslowakei offen zum Vorschein.

Die ODS trat mit dem Entschluß an, bei der Wirtschaftsreform und Havels Nominierung zum tschechoslowakischen Präsidenten nicht nachzugeben, war jedoch bereit, der HZDS einige Schlüsselpositionen in der Föderalregierung anzubieten. Die HZDS legte die Konzeption einer tschechoslowakischen Verteidigungs- und Wirtschaftsunion vor. Danach sollte eine gemeinsame Armee unterhalten werden, jedoch sollten zwei verschiedene Wirtschaftsräume entstehen, mit jeweils einer tschechischen und einer slowakischen Emissionsbank, aber gemeinsamer Währung. In der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik sollten beide Republiken nach Bedarf entscheiden können. Klaus lehnte den slowakischen Plan mit der

---

<sup>53</sup> K. Vodička, a.a.O., S. 83.

<sup>54</sup> Vgl. Z. Bútorová/M. Bútor, a.a.O., S. 126-128.

Begründung ab, daß dies zu einem Währungs- und Wirtschaftskollaps führen würde. Darüber hinaus forderte die HZDS die volle völkerrechtliche Subjektivität für jede Republik der ČSFR, so daß beide Mitgliedschaft in der UNO und ähnlichen internationalen Organisationen hätten erhalten und auch eigene Auslandsvertretungen besitzen müssen.<sup>55</sup> Darüber hinaus bekräftigte die HZDS ihre Absicht, die fünf Punkte ihres Wahlprogramms ohne Abstriche zu verwirklichen, d.h. die Souveränitätserklärung der Slowakei und Annahme der "reinen" Verfassung der Slowakischen Republik.

Bereits nach dem ersten Treffen sagte V. Klaus öffentlich, daß es den Repräsentanten der HZDS "nicht mehr um einen gemeinsamen Staat geht", und er verkündete, daß er "kein Interesse daran habe, Premierminister einer sich selbst liquidierenden Föderalregierung zu sein".<sup>56</sup> Einige Kommentatoren (auch slowakische) stellten in den Zeitungen die Vermutung auf, daß Mečiar der tschechischen Seite inakzeptable Bedingungen stelle, um die Tschechen zum ersten Schritt der Demontage des gemeinsamen Staates zu veranlassen. Dank verschiedenen Meinungsumfragen wußte er, daß die überwältigende Mehrheit der Slowaken gegen die Teilung und gegen die Ausrufung eines selbständigen slowakischen Staates ist.

In der zweiten Runde (11.6.1992) erläuterten die ODS-Vertreter ihre Vorstellung einer losen Föderation, die die nationale Emanzipation der Slowaken ermöglichen würde, wobei jedoch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum bewahrt bliebe. Die HZDS lehnte diese Konzeption ab. Die Diskussion drehte sich lange um die Grundbegriffe wie "Föderation", "Konföderation", "selbständiger Staat", deren Inhalte zwischen den Unterhändlern zuerst geklärt werden mußten. Die Forderung nach einem eigenen völkerrechtlichen Status der Slowakei war der kritische Punkt der Verhandlungen. Er galt der HZDS als das Symbol der slowakischen Emanzipation überhaupt. Das Streben nach der Anerkennung der Slowakei auf der internationalen Bühne sei eine heilige Sache, in der nicht nachgegeben werden durfte.

Darüber hinaus schlug die HZDS ein Referendum mit den Fragen vor: "Sind Sie für eine Föderation, eine Tschecho-Slowakische Union oder einen selbständigen Staat?"

Der stellvertretende HZDS-Vorsitzende und Unterhändler bei den Koalitionsgesprächen, Michal Kováč, unterstrich auf der anschließenden Pressekonferenz, daß die HZDS nicht nach der Auflösung des Staates strebt, sondern nach einem "lockeren Verbund zweier souveräner Staaten".

Ein weiteres Problem bestand darin, daß sich die ODS und HZDS auf einen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten nicht einigen konnten. Von der HZDS abgelehnt, erreichte Havel im slowakischen Teil der Föderalversammlung nicht die für eine Wiederwahl

---

<sup>55</sup> Einzelheiten zu den Koalitionsverhandlungen zwischen der HZDS und der ODS auch im weiteren von K. Vodička, a.a.O., S. 83-88.

<sup>56</sup> Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová, a.a.O., S. 21-22.

erforderliche Mehrheit.<sup>57</sup> Durch die verhinderte Wiederwahl Havels - vor allem Mečiar ging mit großer Vehemenz gegen ihn vor - wurde der tschechoslowakischen Föderation eine wichtige Integrationsfigur genommen, weil er der einzige Politiker war, der sowohl bei den Tschechen wie auch bei den Slowaken mehrheitlich Vertrauen genoß.

Um Wirtschaftsexperten verstärkt, trafen die Repräsentanten beider Parteien zu einer dritten Runde zusammen (16.6.1992). Die Vertreter der ODS wollten eine klare Entscheidung der slowakischen Seite erzielen: Entweder wird eine funktionsfähige Föderation als ein Völkerrechtssubjekt gebildet oder ein Föderalkabinett für eine begrenzte Zeit ernannt, das die staatliche Teilung der ČSFR vorbereitet. Bei den Gesprächen schlug Klaus Mečiar vor, daß sie beide in die Föderalregierung einträten. Dieser Vorschlag wurde von der HZDS allerdings abgelehnt. Mečiar wollte das Amt des slowakischen Ministerpräsidenten bekleiden. Diese Entscheidung hatte wahrscheinlich die letzten Zweifel darüber ausgeräumt, daß die HZDS-Führung, trotz ihrer öffentlichen Bekundungen, in Richtung eines selbständigen Staates dachte.

Beide Seiten einigten sich auf eine schwache Föderalregierung, die später die Bezeichnung "Regierung der nationalen Teilung" erhielt. Die tschechische Seite legte Wert darauf, daß die Föderalregierung nur eine relativ kurze Zeit agieren sollte, weil sie den Verdacht hatte, die HZDS wollte diese als eine Institution für einen langfristigen Finanzmitteltransfer von Prag nach Bratislava benutzen. Mečiar äußerte nämlich die Ansicht, daß die Föderalregierung mindestens anderthalb Jahre bestehen könnte.

Auf der Pressekonferenz teilten Klaus und Mečiar ihren Entschluß mit, jeweils als Ministerpräsidenten der nationalen Regierungen kandidieren zu wollen. Die ODS gab den Kommentar ab, daß "die ODS die Hoffnung auf den Erhalt der Föderation aufgegeben hat".

Vor der vierten Verhandlungsrunde verkündete der Slowakische Nationalrat am 17. Juli 1992 die Souveränität der Slowakischen Republik, die von der HZDS initiiert war. Am gleichen Tag trat auch V. Havel von seinen Posten zurück, weil er an die Rettung des gemeinsamen Staates nicht mehr glaubte. Gerade für einen solchen "Notfall" hatte er sich etwa Ende 1991 um präsidiale Sondervollmachten bemüht, um ein Referendum ausschreiben und das Parlament auflösen zu können, falls die Föderation ernsthaft in Gefahr geriete. Dieses Anliegen wurde noch von dem alten Parlament abgelehnt.

Die Souveränitätserklärung der Slowakei wurde mit folgenden Worten eingeleitet: "Wir, der demokratisch gewählte Slowakische Nationalrat, erklären feierlich, daß die tausendjährigen

---

<sup>57</sup> Der Vorstand der HZDS hatte zweierlei Vorbehalte gegen Havels Kandidatur: gegenüber seiner Person (Haltung gegenüber der Slowakei und der HZDS) sowie Vorbehalte, die sich aus der Vorstellung der HZDS von der staatlichen Ordnung ergaben, in der das Amt eines föderativen Präsidenten nicht vorgesehen war. Sie hätten keine Einwände, wenn Havel für das Amt eines tschechischen Präsidenten kandidieren würde, erklärten sie. Weiter deuteten sie an, daß man ein Rotationsprinzip zwischen einem tschechischen und einem slowakischen Präsidenten auf Vertragsbasis einführen könnte. Auch trotz mehrerer Versuche in drei weiteren Wahlrunden im Juli 1992 gelang es nicht, einen anderen Kandidaten zu wählen. Vgl. L. Brokl/Z. Mansfeldová, a.a.O., S. 19.

Bemühungen des slowakischen Volkes um Selbständigkeit erfolgreich waren".<sup>58</sup> Mečiar kommentierte den Akt wie folgt: "Mit der Deklaration erklären wir die Stufe der intellektuellen und gesellschaftlichen Reife der Slowakei, die fähig ist, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Die Deklaration hat politischen Charakter, sie stellt keinen konstitutionellen Akt dar, durch sie entsteht kein selbständiger Staat ...".<sup>59</sup>

Nach diesem eindeutigen politischen Schritt stand die Entscheidung der ODS endgültig fest: Sie "sei nicht bereit, die unsinnigen Probleme einer "Quadratur des Kreises" zweier souveräner Republiken mit voller Völkerrechtssubjektivität sowie verschiedenen ökonomischen und politischen Systemen zu lösen".<sup>60</sup> Die ODS-Delegation unter V. Klaus entschied sich für eine vollständige Trennung des Staates und übernahm von nun an die Initiative.

In den nachfolgenden Verhandlungsrunden einigte man sich auf eine reduzierte Zahl von Mitgliedern der Föderalregierung (von 16 auf 10) und von Ministern (von 12 auf 5) sowie darüber, wie bei der Teilung verfassungsrechtlich vorgegangen werden sollte. Die ODS und die HZDS unterzeichneten ein Abkommen, daß sie in der Föderalversammlung gemeinsam ein Gesetz über die Art und Weise der Auflösung des Staates - durch ein Parlamentsvotum - sowie über den Vermögensausgleich einbringen werden. Der Inhalt der künftigen Zusammenarbeit beider Staaten galt für vier Bereiche: für den gesellschaftlichen, den außenpolitischen, den militärischen und den ökonomischen. Das Gesetz zur Auflösung der Föderation wurde nach mehreren mißglückten Anläufen am 25. November 1992 mit einer sehr knappen Drei-Fünftel-Mehrheit (mit einer Stimme Mehrheit in der Kammer der Nationen und zwei Stimmen Mehrheit in der Volkskammer) ratifiziert, was der ČSFR-Spaltung nachträglich ein gewisses Maß an Legitimität verleihen sollte.

Ein Referendum, von der bis dahin gültigen kommunistischen Verfassung nicht vorgesehen, wurde als legitimes Mittel der Selbstbestimmung nicht angewandt. Nach kontinuierlich durchgeführten Meinungsumfragen war klar, daß trotz des Wahlausgangs, der negativen Verhandlungsergebnisse und der durch die Presse seit längerer Zeit vermittelten Unvermeidlichkeit der Teilung sowohl die Tschechen als auch die Slowaken der Auflösung der Tschechoslowakei nicht zugestimmt hätten. Das Plebiszit hätte die beiden politischen Führungen erneut vor dieselbe (bei dieser personellen Zusammenstellung der Unterhändler) "unlösbare" Aufgabe gestellt.<sup>61</sup> Außerdem war im Hinblick auf das Majorisierungsverbot sowie die politische Kräfteverteilung und die Interessengegensätze kaum vorstellbar, daß es in der Föderalversammlung gelingen würde, sich über die Form (in beiden Republiken oder

---

<sup>58</sup> Mladá fronta dnes, 18.7.1992, S. 1.

<sup>59</sup> Ebenda.

<sup>60</sup> Vgl. Brokl/Mansfeldová, a.a.O., S. 26.

<sup>61</sup> Auch slowakische Bürger unterstützten entschieden den Gedanken eines gleichzeitigen Referendums in der ganzen ČSFR, die Sympathisanten von HZDS und SNS ebenfalls. Den Umfragen zufolge bewegte sich die Entschlossenheit der slowakischen Bevölkerung, am Referendum teilzunehmen, um ca. 90%. Vgl. Názory. Informačný bulletin. Ustav pre výskum verejnej mienky pri SSU, Jg. 3, Nr. 3, 1992, S. 23-24.

nur in der Slowakei) und über die Fragestellung des Referendums zu einigen.<sup>62</sup> Ein Volksentscheid und die politische Pattsituation (sich auf ein Regierungsprogramm inhaltlich zu einigen) hätten Neuwahlen erfordert. Es gab jedoch keinen Grund anzunehmen, daß die wiederholten Parlamentswahlen im tschechischen oder slowakischen Landesteil wesentlich anders ausgefallen wären. So lag die Abhaltung eines Referendums nicht im Interesse der beiden Wahlgewinner.<sup>63</sup>

Der Argumentations- und politische Stil der slowakischen Führungselite war emotionell, irrational, empfänglich für Vorurteile und Mythen, wobei die Betonung auf Symbolen lag (z.B. schon bei der Namensbestimmung der Republik, bei der sowohl eine zusammengeschiedene als auch eine durch Bindestrich getrennte Bezeichnung abgelehnt wurden oder die ostentative Proklamation der slowakischen Souveränität noch während des Bestehens der Föderation). Ihre tschechischen Partner reagierten erst mit Verspätung auf die slowakische Forderung, den Status quo zu ändern; sie waren nach den Worten des ehemaligen Premierministers Pithart zurückhaltender und sachlicher.<sup>64</sup> In der Endphase des Entscheidungsprozesses waren sie es, die auf eine schnelle Entscheidung und Lösung drängten, ohne auf Kompromisse und "Zwischenlösungen" (Konföderation oder Union) einzugehen.<sup>65</sup>

Die Unfähigkeit, sich zu einigen, wurde von den führenden Politikern und Medien in der Endphase der Föderation zu "nationalen" Gegensätzen zwischen den Teilrepubliken aufgebauscht, so daß schließlich immer mehr Bürger glaubten, daß keine Übereinkunft mehr möglich sei. Um die rasanten Schritte zur Auflösung der Föderation vor der tschechischen Öffentlichkeit zu legitimieren, sprach V. Klaus plötzlich von der "Anerkennung des berechtigten Emanzipationsstrebens der slowakischen Nation". Die Umfrageergebnisse, die das genaue Gegenteil bewiesen, wurden in Frage gestellt.

Mit dem 31. Dezember 1992 wurde die ČSFR formell aufgeteilt und die halbjährige Unterdrückungsphase des föderalen Staates beendet. Der eigentliche Trennungsprozeß des Staatsorganismus zog sich durch das ganze Jahr 1993 und ist bis heute nicht endgültig abgeschlossen. Mit der Geburt am 1. Januar 1993 beginnt der Werdeprozeß zweier selbständiger und unabhängiger Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Tschechoslowakei - der Tschechischen Republik (ČR) und der Slowakischen Republik (SR).

Die im Zusammenhang mit der Aufteilung des Föderalvermögens und der Vereinbarung einer Währungs- und Zollunion entstandenen Probleme haben beiden Seiten viel politischen Willen

---

<sup>62</sup> Im Falle, daß sich nur die Bürger einer Republik für die Teilung ausgesprochen hätten, wäre die andere Republik, deren Bürger für den weiteren Bestand der Tschechoslowakei gestimmt hätten, völkerrechtlich die Nachfolgerin der ČSFR und damit Gewinnerin der Volksabstimmung gewesen. Die andere Republik hätte dann die völkerrechtliche Anerkennung als selbständiger Staat international erst suchen müssen. Vgl. K. Vodička, a.a.O., S. 92.

<sup>63</sup> Vgl. K. Vodička, ebenda, S. 91-92.

<sup>64</sup> Vgl. Petr Pithart, Paradoxa der Trennung. Philosophische Dimension und europäische Parallelen, in: R. Kipke/K. Vodička, (Hg.), a.a.O., S. 201-218, hier S. 206.

<sup>65</sup> Wobei beachtet werden muß, daß eine Konföderation sich von einer Föderation gerade dadurch unterscheidet, daß es kein gemeinsamer Staat mehr ist, sondern ein Staatenbund. Gegenwärtig besteht nirgendwo auf der Welt eine Konföderation und die bisherigen waren stets nur kurzlebig.

abverlangt, wobei sich sachliche Probleme oft in politische umzuwandeln drohten.<sup>66</sup> Kennzeichnend für die Teilung als solche war im jedem Falle die gewalt- und haßfreie, relativ ruhige legalistische Vorgehensweise. Die sachliche und erfolgreiche Bewältigung der großen Probleme und vieler Details, die erst nach und nach deutlich machten, wie sehr die beiden Teile der Ex-Tschechoslowakei miteinander verzahnt waren, geht jedenfalls auf das Konto der neuen politischen Führungen und der politischen Eliten beider Republiken. Dies soll explizit festgehalten werden.

#### **2.4 Ursachen der tschechisch-slowakischen Trennung**

Auf Fragen, ob die Teilung der Tschechoslowakei notwendig gewesen sei oder nicht, wer sie verschuldet habe, wie groß die Verantwortung dieser oder jener politischen Führer oder Parteien ist, gibt es keine eindeutige Antwort. Darüber wird auch künftig eine Meinungsvielfalt herrschen und der gesamte Prozeß sicherlich zum häufigen Betätigungsfeld vor allem einheimischer Historiker werden. Die Autorin kann hier, nachdem sie sich mit den unterschiedlichen Argumentationen vertraut gemacht hat, nicht mehr leisten, als ihre persönliche Sichtweise anzubieten.

Der Zerfall der ČSFR war keine unvermeidliche Folge historischer Entwicklung des Zusammenlebens zwischen Tschechen und Slowaken, obschon die seit 1918 ungelösten Staatsprobleme die Möglichkeit, eine für beide Seiten neue Lösung der Koexistenzform schnell zu finden, bedeutend erschwert haben. Das kollektive Gedächtnis der Nationen war durch historische Vorurteile und gegenseitiges Mißtrauen belastet, die sich als Stereotypen in der Haltung der neuen politischen Repräsentanten beider Landesteile gleichermaßen auswirkten.

Die Unterschiede zwischen den böhmischen Ländern und der Slowakei gelten ebenfalls nicht als die Ursache für die Auflösung des gemeinsamen Staates. Die auf beiden Seiten geführte Diskussion über den sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund der Teilung der ČSFR ergab eine übereinstimmende Meinung der Wissenschaftler, daß gerade am Ende der 90er Jahre die beiden Länder sich einander völlig angeglichen haben. Auch hinsichtlich des Lebensstandards und der Lebensart waren sich die beiden Gemeinschaften sehr ähnlich geworden.<sup>67</sup> Soziokulturelle Eigenarten zwischen den böhmischen Ländern und der Slowakei sowie geographische, auf die Wirtschaftsstruktur zurückzuführenden sozialen Unterschiede gibt es

---

<sup>66</sup> Einzelheiten zu den Problemen der Spaltung der ČSFR in: L. Brokl/Z. Mansfeldová, Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993, Berichte des BIOst, Nr. 8, 1995, hier S. 13-17.

<sup>67</sup> Vgl. Pavel Machonin, K sociologické komparaci české a slovenské společnosti, Sociológia, Jg. 26, Nr. 4, 1994, S. 333-345.

überall, und sie bringen logischerweise auch politische Konflikte mit sich<sup>68</sup>, mit denen sich die Politiker und Ökonomen ernsthaft auseinandersetzen müssen. Der Wille, die bei der Umgestaltung mit mehr wirtschaftlichen Kosten belastete Slowakei zu unterstützen, war jedenfalls bei der Mehrheit der tschechischen Elite vorhanden.

Der Zerfall der ČSFR wird ebensowenig als Folge des Emanzipationsprozesses der slowakischen Nation angesehen, denn sie forderte mehrheitlich nicht einen selbständigen Staat und Völkerrechtssubjektivität. Das eingeklagte Recht auf mehr Selbstbestimmung in der institutionellen Staatsordnung war, um die bürokratische Vormundschaft des vergangenen Herrschaftssystems abzuschütteln, legitim. Bei anderen Machtverhältnissen in der Slowakei und zu einem späteren Zeitpunkt hätte die staatsrechtliche Problematik wahrscheinlich zufriedenstellend gelöst werden können. Die aufflammende nationale Diskussion in der Slowakei, die sich später zu einer emotionsgeladenen öffentlichen Diskussion über die staatsrechtliche Ordnung in beiden Ländern entwickelte, war nur eine Begleiterscheinung der erfolglosen Verhandlungen über die Kompetenzen und Verfassungen beider Republiken, keinesfalls die Ursache der Spaltung.

In jeder Demokratie braucht der Staat, um funktionieren zu können, eine Mehrheit, die seine Politik unterstützt. Die unvergleichlich schwierige Zeit des tiefgreifenden Systemswechsels, begleitet von einer unvermeidlichen sozialen und wirtschaftlichen Krise, von der alle postkommunistischen Gesellschaften betroffen waren, erfordert verstärkt einen gesellschaftlichen Konsens über die wichtigsten Fragen der Transformation. Zusätzlich werden in einem bipolaren Staat, wo der Konsens auf mehreren Ebenen parallel hergestellt werden muß, die Dinge unendlich komplizierter.<sup>69</sup>

Die neuen Führungseliten, herausgefordert durch die Suche der slowakischen Elite nach der entsprechenden Organisations- und Wirtschaftsform des Staates und der tschechischen (föderalen) Reformplanner nach einer noch akzeptablen Dezentralisierung für die Steuerung aller Übergangsprozesse, wurden auf eine Zerreißprobe gestellt. Sie haben bei der Herstellung eines gesamtgesellschaftlichen (tschechisch-slowakischen) Konsens über den Charakter der Transformation allerdings versagt bzw. hatten aus Machtgründen nicht den Willen dazu.

Die unterschiedlichen sozioökonomischen Ausgangsbedingungen beider Teilrepubliken nach 1989, die sich in der Slowakei durch größere Anpassungsschwierigkeiten beim Übergang zur Marktwirtschaft und größere soziale Unsicherheiten der Bevölkerung bemerkbar machten, führten zu einer politischen Polarisierung der ČR und SR. Sie betraf teilweise die wirtschaftli-

---

<sup>68</sup> Im diesen Zusammenhang sollte an die sicherlich größeren Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erinnert werden, die es in einem entgegengesetzten Prozeß der Vereinigung zu überwinden gilt. Allerdings war bei den meisten ost- und westdeutschen Politikern (abgesehen von den Anfangsschwierigkeiten der Opposition) der Wille zur Vereinigung vorhanden und es ist zu einem gesamtgesellschaftlichen Konsens eben dank dieser Politiker und mit Unterstützung von Massenmedien gekommen. Hätten hingegen die deutschen politischen Eliten das Vereinigungsthema oder die gesellschaftlichen Kosten der Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft zu Beginn des Prozesses zum Machtkampf genutzt, wer weiß, ob überhaupt oder wie die Vereinigung verlaufen wäre.

<sup>69</sup> Vgl. Zdeněk Strmiska, *Quelques remarques sur "Le divorce tchéco-slovaque"*, in: *Revue d'études comparatives Est-Ouest*, Nr. 2, 1995, S. 183-194, hier S. 192.

che Komponente des Übergangs, wobei betont werden muß, daß das Szenario der Wirtschaftsreform keineswegs der Grund für die Spaltung war.<sup>70</sup>

Die konkrete Ursache für den Zerfall der ČSFR wird in erster Linie in der unterschiedlichen politischen und sozioökonomischen Orientierung der Bevölkerung und der 1992 an die Macht gekommenen Führungseliten gesehen, nämlich in den zwei verschiedenen Konzeptionen der Gesamttransformation der postkommunistischen Gesellschaft, wie sie die Programme der ODS und HZDS präsentierten. Dieser Aspekt eröffnet eine neue, nicht nationale Ebene der staatsrechtlichen Kontroverse. Es handelte sich um ein Zusammenstoßen von zwei verschiedenen Konzeptionen und Auslegungen der Begriffe "Demokratie" und "Marktwirtschaft".

#### *2.4.1 Fehler und Motive der neuen Eliten*

Zur Desintegration und rechtsstaatlichen Krise trugen einige Fehler der tschechischen und slowakischen dissidentischen, "unpolitischen" Eliten bei, die mit praktischer Politik und Demokratie nicht vertraut und auf die führenden Staatsämter nicht vorbereitet waren. Das zu schnelle Tempo und die Mehrschichtigkeit des politischen, gesellschaftlichen und zugleich wirtschaftlichen Systemwandels stellte sie vor die Aufgabe und den Anspruch, alles gleichzeitig zu lösen, was sie überforderte und zu einigen Fehlschritten führte. Diese wirkten sich dann auf die tschechisch-slowakische Problematik negativ aus.

Zum Beispiel hatten die dissidentischen Eliten die Bedeutung und Funktion politischer Parteien in einer nicht stabilisierten politischen Lage unterschätzt und somit den Übergang vom Einparteiensystem zur pluralistischen Demokratie nicht lenken können. Es wäre wichtig gewesen, eine einflußreiche gesamtstaatliche (tschecho-slowakische) Partei zu gründen und zu fördern, die das Vakuum nach dem Sturz der KPČ hätte ausfüllen können. Eine solche Partei hätte das geschwächte "Wir"-Bewußtsein einer gemeinsamen Vergangenheit und einer gemeinsamen Zukunft gestärkt.

Die angesammelten Probleme, die nur mit demokratischen Mechanismen erfolgreich hätten gelöst werden können, mußten jedoch vor dem Entstehen bzw. Funktionieren dieser demokratischen Mechanismen angegangen werden (im tschechoslowakischen Grundgesetz fehlten z.B. Krisenlösungsmechanismen gegen einseitige Aktionen der Republiken), wodurch wiederum neue Probleme entstanden. Wäre im ersten Jahr nach der Machtübernahme eine neue bzw. provisorische Verfassung erarbeitet worden und hätten die Tschechen und Slowaken über die künftige Staatsform abgestimmt, so hätte man der Stimmungsmache der nationalistisch-separatistischen Gruppierungen und der ambitiösen Politiker in der Slowakei entgegenwirken können.

Als negativ erwies sich, daß die Protagonisten der Revolution nach dem Systemwechsel, selbstlos handelnd, nur eine zweijährige Legislaturperiode festgesetzt hatten. Erfahrenere

---

<sup>70</sup> Im Gegenteil, es war totaler ökonomischer Unsinn, wie die Wirtschaftsprognostiker beider Seiten rechtzeitig dargelegt hatten, weil beide Republiken vom gemeinsamen Staat erheblich profitiert hatten.

Politiker hätten vorausgesehen, daß die wirtschaftliche und soziale Krise gerade nach zwei Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Somit wurde die bereits schwierige Periode des Übergangs nach zwei Jahren unnötigerweise mit einem Wahlkampf belastet.

Auf dem Feld der tschechisch-slowakischen staatsrechtlichen Beziehungen wurden verantwortungslos politische Ambitionen sowie national-emanzipatorische Überzeugungen und persönliche Profilierungsabsichten einiger Politiker ausgetragen. Die verantwortungslose Rasanz und Steigerung der emanzipatorischen Ansprüche slowakischer Repräsentanten brachten die ČSFR innerhalb von zwei Jahren in eine ernsthafte staatsrechtliche Krise. Die Politik der Regierungen Čarnogurský und Mečiar hat einen Nutzen daraus gezogen, daß sie die slowakisch-tschechische Zwietracht aufrechterhielt, während die tschechische Seite auf der Föderation und der Fortsetzung der Wirtschaftsreform beharrte.

Den entscheidenden Schritt zur Zerschlagung der ČSFR hatte die HZDS-Führung getan, als sie die Souveränität der Slowakei verkündete und die "reine" slowakische Verfassung verabschiedete, die keine Rücksicht auf die Föderalverfassung nahm. Diese Tatsache wurde insbesondere später deutlich, als die HZDS ihre Verdienste um den eigenen Staat rühmte. V. Mečiar ist allerdings kein Nationalist, das Streben nach Macht ist für ihn ein Selbstzweck. Er und seine Leute hatten persönliches Machtinteresse an der Gründung eines eigenen Staates, in dem sie nicht genötigt waren, sich in ihren Entscheidungen einer übergeordneten Föderalregierung zu unterwerfen. In allen Regierungen hatte Mečiar gezeigt, daß er nicht gewillt ist, mit jemand zu kooperieren oder Kompromisse zu schließen.

Für Vodička werden die privaten, pragmatischen Motive der neuen slowakischen politischen Elite in bezug auf die ČSFR-Teilung darin sichtbar, wie die HZDS-Führung die Führungspositionen im eigenen Staat sowie die vielen neuen Ämter, die nach der Konstituierung der selbständigen Slowakischen Republik entstanden sind (nur im Ausland, rechnet er vor, waren 1.600 lukrative Posten zu vergeben), untereinander aufteilte.<sup>71</sup> Nach Mečiar's Antritt als Ministerpräsident wurde ein großer Teil der Regierungsbeamten durch HZDS-Exponenten ausgetauscht. Auch werden im Rahmen der Privatisierung gegenwärtig treue Mitglieder und Finanzierer des Wahlkampfes durch günstige Verkäufe von Staatsbetrieben auf Darlehensbasis im nachhinein belohnt.

Eine Absage an die Trennung seitens der Mehrheit der politischen Eliten bei der Abstimmung im Föderalparlament und einige Zugeständnisse der tschechischen Seite hätten möglicherweise die Lebensdauer des gemeinsamen Staates verlängert. Die slowakische Regierung hatte keine finanziellen Interessen und institutionell war sie, wie sich 1993 zeigte, auf eine sofortige Selbständigkeit völlig unvorbereitet. Aber ob die Tschechoslowakei über weitere Krisenjahre hinweg tatsächlich hätte gerettet werden können, ist angesichts der slowakischen innenpolitischen Lage, z.B. der politischen Beschaffenheit der gegenwärtigen Regierungskoalition von Mečiar's HZDS, der SNS und der orthodox kommunistischen

---

<sup>71</sup> Der stellvertretende HZDS-Vorsitzende, M. Knažko, wurde zum Chef der Diplomatie, A.M. Húska erhielt den Posten des Vizepräsidenten des slowakischen Parlaments. Ein weiterer HZDS-Vize, Michal Kováč, bekleidet nun das Amt des Präsidenten. Sie alle hatten an den ODS-HZDS-Koalitionsgesprächen teilgenommen. Vgl. K. Vodička, a.a.O., S. 99-100.

Arbeitervereinigung ZRS, oder des vorherrschenden politischen Stils, der eine Abkehr von demokratischen Prinzipien darstellt, sehr fraglich.

#### 2.4.2 *Erblast des kommunistischen Systems*

So wie die historische Fiktion von der "tschechoslowakischen" Nation die tschechisch-slowakischen Beziehungen bis in die Gegenwart belastete, so hat auch die Erblast des kommunistischen Systems sichtbare und weniger sichtbare Spuren hinterlassen, die Vodička in seinem Beitrag analysierte und die wie folgt zusammengefaßt werden können:<sup>72</sup>

Fehlende Erfahrung der politischen Eliten und der Bürger mit der Demokratie, ihren Regeln und Gefahren machten sich vor allem als die Hinterlassenschaft des kommunistischen Regimes, die den Menschen in diesem Bereich nicht einmal bewußt war, bemerkbar. Die Zwistigkeiten der Politiker in der Föderalversammlung, als sie anfangen, sich mit den slowakischen Forderungen auseinanderzusetzen, stießen auf Unverständnis und Ungeduld der Menschen. Die tschechischen Repräsentanten wünschten eine sofortige und endgültige Lösung der staatsrechtlichen Debatte, die sie als Zeitverlust betrachteten, die slowakischen dagegen brauchten ein vorzeigbares Ergebnis, das sie der slowakischen Öffentlichkeit als "Sieg" über die "Pragozentristen" präsentieren wollten.

Ein weiterer schwerwiegender Aspekt der kommunistischen Erblast liegt in der Deformation der politischen Kultur durch kommunistische Indoktrination und durch Unterbrechung ihrer Weiterentwicklung. Die deformierte politische Kultur ist ein Nährboden für Populismus, Demagogie und Irrationalität im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß. Auf beiden Seiten fanden sich Politiker, die durch Entfachen nationaler Emotionen in erster Linie die eigene Popularität fördern und Wahlstimmen einfangen wollten, ohne den politischen Konsequenzen ihres Verhaltens Rechnung zu tragen.

Die Umbruchprozesse, vom Verlust des Arbeitsplatzes oder der sozialen Sicherheit begleitet, stellten alte Werte in Frage und zerstörten gleichzeitig die kollektive und individuelle Identität. Dieser Zustand sowie die Atomisierung der Gesellschaft riefen das Bedürfnis nach charismatischen Führern hervor. Daran knüpfte der Nationalismus mit seiner Ideologie der Rückbesinnung auf Traditionen und alte Mythen sowie die Rhetorik von der "Einmaligkeit der eigenen Nation" und "Beendigung der nationalen Emanzipation" usw. an. In einem politisch-geistigen Vakuum, das nach dem Wegfall der kommunistischen Doktrin zurückblieb, bot er eine andere kollektivistische Ersatzideologie. Die übernommenen Verhaltensstereotypen der zur Unmündigkeit erzogenen Bürger äußerten sich auch in einem weitgehend passiven Hinnehmen der Teilung des Staates.

Auf den Verlauf des Übergangs wirkte sich die zu rasch erfolgte Rekrutierung der politischen Eliten negativ aus. Im Unterschied zu einer stabilen Demokratie, in der sie sich vorher auf niedrigeren Machtebenen jahrelang nach Fähigkeiten, grundlegenden Kenntnissen in Steuerung der Demokratie und Funktion der Marktwirtschaft, Verantwortungsfähigkeit sowie Cha-

---

<sup>72</sup> Vgl. K. Vodička, a.a.O., S. 100-102.

rakter hätten bewähren müssen, wo sie entweder aussortiert oder politisch gereift wären, wurde vielen durch die Revolution ermöglicht, direkt in verantwortungsvolle Ämter aufzusteigen und folgenreiche Entscheidungen treffen zu können. Das erklärt die Häufigkeit des Auftretens von mangelndem Verantwortungsbewußtsein bzw. Machtmißbrauch auch bei Politikern an der Spitze. Einige schwerwiegende Entscheidungen, z.B. die Aufteilung der ČSFR, wurden ohne Parlamentsdebatten von einigen wenigen Personen getroffen. Als die Abgeordneten nach den parlamentarischen Ferien zur ersten Sitzung der Föderalversammlung zurückkehrten, war die Teilung beschlossene Sache.

So kann, allgemein betrachtet, als Hauptursache des Untergangs der Tschechoslowakei die Erblast des kommunistischen Systems angeführt werden: die fehlenden Erfahrungen der politischen Eliten und der Bürger mit der Demokratie und Marktwirtschaft, ihren Regeln und Gefahren.

**Eleonora Schneider**

## **Political Elites in Ex-Czechoslovakia (Part II)**

**Bericht des BIOst Nr. 19/1996**

### **Summary**

#### *Introductory Observations*

This report forms the second part of a study of political elites in ex-Czechoslovakia. The first part focuses on the communist nomenclature elite and analyses the historical and contemporary factors that have formed the newly emerging Czech and Slovak elites. Historical and current developments in the Czech-Slovak constitutional crisis are outlined.

These themes are continued in the second part of the study, which examines the shaping of the new Czech and Slovak political landscape, the consequences of economic reform and the outcome of the parliamentary elections of 1992. In attempting to identify the causes of the break-up of the CSFR the study looks at the impact the process of transformation has had on the social sector and on the economy as well as examining the constitutional debate in Slovakia. Subsequently, the role of the ruling elites, the orientation of their economic policy and their motivations as the break-up of the country became imminent are analysed.

The third part of the study will examine the characteristics of the current political elites in the independent Czech Republic and Slovak Republic.

#### *Findings*

1. As the leading political forces of the revolution - the Czech "Civic Forum" (OF) and its Slovak counterpart the "Public against Violence" (VPN) - embarked on the task of governing the country after 1990, major differences began to emerge with regard to political convictions, programmes and personalities. In the spring of 1991 both political movements broke up into several parties or movements following the expression of sharp differences of opinion about the direction that reforms should take, the shape of future organisations and, in the case of the VPN, over the political style of leading Slovak politicians, which presented an obstacle to their participation in government.
2. Although both forum movements had fallen apart, there was no overt government crisis in Czechoslovakia. The Czech members of parliament formed a co-ordinating committee in which members of both OF successor parties were equally represented and in which they tried to reach agreement over important pieces of legislation. The Czech National Council and the federal government remained stable, partly by accommodating the more right-wing political course of the Civic Democratic Party (ODS), which had emerged from the "Civic Forum", and partly through President Vaclav Havel's successful efforts to preserve

maximum stability in the organs of government. A government crisis in Slovakia was averted by means of a government reshuffle and the election of a new prime minister, Jan Carnogursky, to replace Vladimir Meciar, who had been expelled from the VPN.

3. Before 1989 the emphasis on Slovak national identity and the hypothetical independence of Slovakia had still been the domain of Slovak dissidents and Slovak post-war émigrés. But soon after 1989 lively interest began to be shown by all Slovak parties in formulating a new constitutional concept for the federation. Nonetheless, the Slovak political elite was by no means united in favour of constitutional changes or independence. It did not yet hold a fully-fledged concept but rather its ideas evolved and consolidated over time. As a first step the strengthening of the powers of the republics vis-à-vis the federation was pushed through. Later drafts of the constitution could be divided into those that favoured the preservation of the Czechoslovak state in one form or other, e.g., as a federative association, and those that advocated an independent state whose relations with the Czech republic would be regulated by means of a state treaty. Parties with a radical national programme, which wished to separate Slovakia from the Czech republic and to declare it an independent subject under international law, endorsed the so-called "pure" constitution of an independent Slovak republic.
4. The formation of the new Czech and Slovak democratic ruling elites in the newly emerging political landscape was influenced by the decision to limit the first term in office after 1989 to only two years. This reduced term in office, which in Slovakia even included a second change of government, did not give the elites enough time to reach mature decisions regarding complex and crucial issues of the transition or indeed to gather sufficient experience and learn from their mistakes. On the contrary, the struggle for power and the goodwill of the electorate that was to be embarked on all over again after only two years forced the politicians to take radical steps and adopt a confrontational attitude towards their supposed and actual political opponents rather than engaging in objective discussion and trying to find compromises.
5. The second free elections after 1989 were won on the Czech side by the ODS in a coalition with the small Christian Democratic Party (KDS) and on the Slovak side by the Movement for a Democratic Slovakia (HZDS). Most representatives of the "intellectual-dissident elite" in the Czech republic and the "old-new" intellectual elite, which had initiated extensive social upheavals in Slovakia, were not only voted out of office but also thrown out of parliament.
6. The newly formed coalitions that emerged as a result of the elections led to an imbalance of political forces between the two republics. While the political arena in the Czech republic was dominated by politicians of a bourgeois-liberal stamp, in Slovakia forces that were simultaneously leftist, populist and nationalist prevailed. Under the provisions of the old constitution of 1968, which was still in force, the Czech ODS, under Vaclav Klaus, and the Slovak HZDS, under Vladimir Meciar, whose opinions on practically all matters were diametrically opposed to one another, were forced to form a coalition government and to pursue a common policy of transformation at the federal level.

7. As a result of the irreconcilable economic stances and opposing pragmatic motivations of the two election winners the unresolved conflict over a new distribution of powers between the federation and the two republics acquired its own dynamic and within a few weeks had escalated to the point where the decision was taken to dissolve the CSFR. The partition and the procedure by which it was to be brought about were agreed upon in negotiations between the leading politicians of the ODS and HZDS and ratified by a very small parliamentary majority on November 25, 1992. Since, according to the opinion polls, a referendum on the dissolution of the common state of Czechs and Slovaks would have rejected the "divorce" settlement, none was held.
8. The break-up of the CSFR was regarded neither as an unavoidable consequence of differences between Czechs and Slovaks that had surfaced as a result of the experience of living in a common state nor as a result of the emancipation of the Slovak nation, since the majority of Slovaks did not favour the establishment of an independent sovereign state. Rather, their appeal for the right to more autonomy within the existing state constituted a legitimate attempt to shake off the bureaucratic tutelage of the previous regime.
9. In fact the downfall of Czechoslovakia is attributed to the troubled legacy of the communist system and to the lack of experience of both the political elites and the citizenry of democracy and a market economy and of their rules and pitfalls. The over-hasty recruitment of the political elites had negative repercussions for the transition process. The revolution allowed many people to rise immediately to highly responsible positions and to take momentous decisions without having first demonstrated their capabilities, fundamental knowledge about running a democracy and about the functioning of a market economy and their character and sense of responsibility at lower levels of power. A number of mistakes committed by the "dissident elites" as well as the failure, or indeed unwillingness, of the ruling elites to reach a joint (Czech and Slovak) consensus about the future direction economic policy should take were what brought about the disintegration.
10. The immediate reason for the break-up of the CSFR is considered to be the differing political and social orientations of the population and its ruling elites - i.e., the differing concepts for social and economic transformation proposed by the programmes of the ODS and the HZDS. This factor casts the constitutional controversy in a new, non-national light, showing it in terms of a clash between two different conceptions or interpretations of the terms "democracy" and "market economy".